

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische allgemeine Zeitung. 1951-1959 1953

225 (26.9.1953)

Schriftleitung, Verlag und Vertrieb: Karlsruhe, Waldstraße 28. Telefon 7150-51. Postverlagsort: Karlsruhe 1. — Bankkonten: Städtische Sparkasse, Karlsruhe 3092; Volksbank eGmbH., Karlsruhe 1903. Bad. Kommunale Landesbank, Karlsruhe 3161. Postcheck: AZ, Karlsruhe Nr. 1908. — Erscheinungstägig morgens, außer sonntags. — Erfüllungsort Karlsruhe. — Monatsbezugspreis 2,80 DM, zuzüglich 40 Pfg. Trägergebühr bei Zustellung ins Haus bzw. 54 Pfg. bei Postzustellung. Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge höherer Gewalt erfolgt keine Entschädigung. — Bestellungen nimmt jedes Postamt entgegen. — Anzeigengrundpreis: Die gespaltene Millimeterzeile 50 Pfg. — Einzelpreis 20 Pfg. — II 21

Journalisten gegen Versuche der Presse-Bevormundung

Proteststurm gegen Regierungsplan

Bonner Pressekonferenz gegen Pläne für neues Propagandaministerium

BONN (EB). — In Bonn ist es am Freitag zu scharfen Protest-Erklärungen gegen die in der letzten Zeit bekannt gewordene Absicht, ein „Informationsministerium“ zu bilden, gekommen. Die Mitgliederversammlung der Bundespressekonferenz, in der die in Bonn akkreditierten Journalisten zusammengeschlossen sind, drückte am Freitag mit großer Mehrheit in einer Entschließung ihre entschiedene Ablehnung eines derartigen Planes aus. Auch von den amerikanischen, britischen und französischen Hohen Kommissionen wurde am Freitag diese Absicht, ein solches Ministerium zu bilden, abgelehnt.

Die in der Bundespressekonferenz zusammengeschlossenen deutschen Journalisten, so heißt es in der Entschließung, würden die sichtbar gewordenen Bestrebungen auf Schaffung dieses Informationsministeriums „mit Unruhe und Sorge“ verfolgen. Ein solches Ministerium könnte Tendenzen stärken, die auf eine Einengung der Freiheit und Unabhängigkeit der Publizistik abzielen. Die Bundespressekonferenz halte es deshalb für ihre Pflicht, auf die damit verbundenen Gefahren rechtzeitig hinzuweisen. In der Entschließung wird an die Bundesregierung und die Abgeordneten des zweiten deutschen Bundestages appelliert, die Bestrebungen auf Schaffung eines Bundesinformationsministeriums nicht zu unterstützen. Eine sachliche Notwendigkeit für die Bildung einer solchen in demokratischen Staaten „ungewöhnlichen“ Behörde liege keineswegs vor, da die Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Politik der Bundesregierung mit Hilfe ihres Presse- und Informationsamtes auch weiterhin voll und ganz gewährleistet wäre.

Die Annahme dieser Entschließung hat in Bonner politischen Kreisen außerordentlich

starke Beachtung gefunden. Man ist der Auffassung, daß die Bonner Journalisten damit ihre Entschlossenheit bekundet haben, sich gegen alle etwa auftauchenden Tendenzen zur Beschränkung der Presse- und Informationsfreiheit mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zur Wehr zu setzen.

Entrüstungsturm bei der CDU
Die Resolution der Bundespressekonferenz hat in Bonner CDU-Kreisen einen heftigen Proteststurm ausgelöst. Man versucht dort, der Bundespressekonferenz die Kompetenz für solche Entschließungen abzuspüren. Wie zu erfahren war, ist zunächst sogar geplant gewesen, eine einstweilige Verfügung gegen die Entschließung zu beantragen. Aus psychologischen Gründen wurde dieser Plan jedoch fallen gelassen. In Bonner politischen Kreisen wird aber erwartet, daß von bestimmter CDU-Seite versucht werden wird,

die Zulässigkeit der Entschließung auf anderem Wege anzuzweifeln und möglicherweise sogar Maßnahmen gegen die Bundespressekonferenz zu erwägen.

Das Ausland wird hellhörig
Der liberale „Manchester Guardian“, wandte sich am Freitag in seinem großaufgemachten Hauptbericht auf der ersten Seite und in seinem Leitartikel mit dem Titel „Der falsche Fuß“ gegen die Absicht der Bundesregierung, ein Informationsministerium zu errichten, und nennt die Vollmachten, die den Berichten aus Bonn zufolge das vorgesehene Ministerium habe würde, „weitgehend und vage“ zugleich. Es würde eine überwachende Kontrolle (die alles bedeuten kann) über Presse und Rundfunk ausüben, würde Kurzfassungen der Nachrichten herausgeben (die ohne Kommentar zitiert werden sollen), würde die Propaganda für Ostdeutschland leiten und auch für die Streitkräfte, wenn diese gebildet sind. Es würde Filme zensurieren, den Fernsehfunk kontrollieren und vermutlich die vorgesehene Pressegesetz ausarbeiten, unter denen Zeitungen, Nachrichtenagenturen, Rundfunksender und die Menschen, die dafür arbeiten, aus zweifelhaften Gründen lahmgelegt werden könnten.

Saar-Ausverkauf vorbereitet

Saar-Entschließung von der Beratenden Versammlung angenommen

STRASSBURG (dpa/EB). — Die beratende Versammlung des Europarats nahm am Freitagnachmittag mit 84 gegen acht Stimmen bei zwei Enthaltungen die Saar-Entschließung des allgemeinen Ausschusses an, in der um den Weg zur Trennung des Saargebietes von Deutschland vorzubereiten, „zweiseitige deutsch-französische Verhandlungen und eine vom Europarat einberufene Acht-Mächte-Konferenz für Anfang nächsten Jahres“ vorgeschlagen werden.

Gegen die Entschließung stimmten die deutschen Sozialdemokraten und der französische Linksrepublikaner Pinton. Die Saardebatte hatte am Vormittag in einer gespannten Atmosphäre begonnen, nachdem die Versammlung kurz vorher gegen die Stimmen der deutschen Delegierten den Entwurf für die Europaratsflagge angenommen hatte. In der Debatte begründete der Holländer van der Goe van Naters die in der Entschließung des allgemeinen Ausschusses enthaltenen

Vorschläge, indem er die Saarfrage als einen „schicksalhaften Teil der europäischen Politik“ bezeichnete.

Gegen diese Erklärung wandte sich der SPD-Delegierte Dr. Mommer und sagte, es sei bezeichnend, daß van Naters am Vormittag in der Beratenden Versammlung eine Stunde darüber gesprochen habe, wie man die Saar von Deutschland trennen könne. Er sei aber nicht ein einziges Mal auf die Herstellung der demokratischen Grundrechte an der Saar eingegangen. Dr. Mommer wies darauf hin, daß in der vom Europarat herausgegebenen Sammlung von Grundsatzdokumenten die Bundesratsentscheidung vom 2. Juli falsch wiedergegeben worden sei. Beim dritten Absatz habe man den Punkt ausgelassen, in dem gefordert wird, daß im Saargebiet freie öffentliche demokratische Zustände geschaffen werden. Diese Auslassung finde sich sowohl im französischen als auch im englischen Text. Sie sei bezeichnend für die Art, wie das Saarproblem in Straßburg behandelt werde.

Der CDU-Delegierte Dr. Gerstenmaier stimmte am Freitagnachmittag in der Saardebatte der Beratenden Versammlung in Straßburg im Namen seiner politischen Koalitionsfreunde der Entschließung zu.

DGB-Spaltungsversuch gescheitert

Auch Nordrhein-Westfalen und IG Metall weisen die CDU-Forderung zurück

MANNHEIM/HAMBURG (dpa). — Die Hoffnungen, die sich bestimmte Kreise auf eine Gleichschaltung des DGB auf Grund der Forderungen der CDU machten, können als gescheitert bezeichnet werden, nachdem sich in immer stärkerem Maße die Industrie-Gewerkschaften selbst gegen diese Spaltungstendenzen aussprechen. So warnte auch der Bezirksvorstand der IG Chemie, Papier, Keramik in einer am Freitag in Mannheim veröffentlichten Erklärung vor der Gründung „konfessionell gebundener“ Gewerkschaften. Er verwahrt sich in seiner Erklärung gegen Bestrebungen politischer und konfessioneller Kreise, die frei gewählten Organe der Gewerkschaften durch Vertrauensleute mit kirchlichen Bindungen zu ergänzen. Ueber die Besetzung der Gewerkschaftsvorstände hätten in demokratischen Wahlen allein die Mitglieder der Gewerkschaften zu entscheiden. Der Vorstand des nordrhein-westfälischen DGB-Landesbezirks nahm am Freitag ebenfalls Stellung und erwartet vom Bundesausschuss des DGB Festigkeit gegenüber allen von außen herangetragenem Forderungen.

Wie es in einem am Freitag herausgegebenen Kommuniqué heißt, weist der Landesbezirksvorstand alle Versuche außergewerkschaftlicher Stellen zurück, Maßnahmen zu erzwingen, die nur einer unabhängigen innergewerkschaftlichen Selbstentscheidung unterliegen könnten.

Der Vorstand der IG Metall hat am Freitag ebenfalls die Forderungen der CDU abgelehnt. „Die Akzeptierung dieser Forderungen auch nur als Verhandlungsbasis“, so heißt es in einer Entschließung, „kame einer Preisgabe der Grundzüge der Selbständigkeit und des Selbstbestimmungsrechts ihrer Mitglieder gleich.“

Jahn wiedergewählt
Mit der Wiederwahl des bisherigen Vorsitzenden der Eisenbahnergewerkschaft, Hans Jahn, fand der dritte Gewerkschaftstag der Eisenbahner am Freitag nach sechstägiger Dauer in Hamburg seinen Abschluß. Der nächste Gewerkschaftstag findet 1956 in München statt.

Neuer Kriegsgefangenen-Transport aus der Sowjetunion

BERLIN (dpa). — Das Sowjetzonen-Innenministerium teilte am Freitagmorgen in Ostberlin mit, daß ein Transport von noch in der Sowjetunion festgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen am Freitag in die Sowjetzone entlassen werden soll. In der Mitteilung wird nicht erwähnt, wie viele Kriegsgefangene von den Sowjets auf freien Fuß gesetzt werden. Es wird lediglich das „Übereinkommen der Sowjetzonen-Regierungsdelegation mit der sowjetischen Regierung“ während der Moskauer Besprechungen wiederholt, wonach deutschen Kriegsgefangenen, die in der Sowjetunion zu Haftstrafen verurteilt wurden, nach einem festgelegten Modus der Rest der Strafe erlassen werden soll.

131er-Verhandlung abgeschlossen

KARLSRUHE (dpa). — Der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichtes beschäftigte sich am dritten Tage der Verhandlung über die Verfassungsmäßigkeit des 131er-Gesetzes am Freitag mit den 28 Verfassungsbeschwerden ehemaliger Berufssoldaten. Mit der Freitagsitzung hat das Bundesverfassungsgericht seine dreitägigen Verhandlungen abgeschlossen. Der Termin der Urteilsverkündung, mit der in einigen Wochen zu rechnen ist, wird vom Gericht noch bekanntgegeben.

Volksvertreter auf der EVG-Ausstellung nicht erwünscht

BONN (dpa). — Der EVG-Ausschuß des Bundestages war nicht zu der auf dem Gelände des Bundeswirtschaftsministeriums veranstalteten EVG-Geräteschau eingeladen. Wie der FDP-Abgeordnete Dr. Erich Mende am Freitag erklärte, werde sowohl von ihm als auch vom Vorsitzenden des EVG-Ausschusses, Franz Josef Strauß, auf der nächsten Sitzung des Aeltestenrates Protest dagegen „eingeleitet“ werden; daß das Parlament durch die Exekutive mißachtet wurde. Seine Teilnahme an der Besichtigung der EVG-Geräte sei erst nach energischem Auftreten möglich gewesen. Obwohl er seinen Ausweis als Bundestagsabgeordneter vorgezeigt habe, sei der Versuch gemacht worden, ihn von dem Gelände der Ausstellung zu verweisen. Erst durch die Intervention des Bundeswirtschaftsministers sei ihm die Besichtigung ermöglicht worden.



Neuer Kindertransport aus Jugoslawien
Ein Transport von 215 Kindern deutscher Abstammung aus Jugoslawien wird am Samstag in Villach, Kärnten, erwartet. Die Mehrzahl der Kinder fährt nach Deutschland, 29 bleiben in Oesterreich, drei fahren nach England und eins nach den USA.

Vorsitzwechsel in Hollands Katholischer Volkspartei
Der Vorsitzende der katholischen Volkspartei in Holland, W. J. Andriessen, hat seinen Posten in der Partei niedergelegt.

Flugzeug mit 16 Personen abgestürzt
Zwei Personen fanden am Freitag den Tod, als ein türkisches Verkehrsflugzeug mit 16 Mann an Bord in der Nähe von Ankara abstürzte und ausbrannte. Acht Personen wurden schwer verletzt.

Neuer politischer Mord in Marokko
Der Inspektor der französischen Geheimpolizei in Marokko, Larbi, wurde am Freitagmorgen vor der Mulay-Ei-Kebir-Moschee von einem unbekannten Täter durch zehn Revolverkugeln niedergestreckt. Larbi war auf der Stelle tot. Die polizeiliche Untersuchung des Mordes ist eingeleitet worden.

Pankower Handelsdelegation verhandelt in Kairo
Eine Handelsdelegation der Sowjetzonen Regierung, die sich gegenwärtig in Kairo aufhält, hat der ägyptischen Regierung „Kapitalinvestitionen durch die Einfuhr von Maschinen“ nach Ägypten vorgeschlagen.

1953 keine Gemeindevahlen an der Saar
Die saarländischen Gemeindevahlen werden nicht mehr in diesem Jahre stattfinden. Nach dem vom Landtag kürzlich verabschiedeten Wahlgesetz bleibt es der Saarregierung überlassen, den Wahltermin zu bestimmen. Nach vierjähriger Amtsdauer hätten die Gemeinderäte und Kommunalvertretungen jetzt neu gewählt werden müssen.

Das Bundesverdienstkreuz am Band verliehen
Der Bundespräsident hat dem Bundesvorsitzenden des Arbeiter-Samariterbundes, Waldemar Olsen, das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen.

Vier Monate Gefängnis wegen Beleidigung Prof. Reuters
Der Redakteur der kommunistischen „Hamburger Volkszeitung“, Schneider, wurde am Freitag von einem Hamburger Schöffengericht wegen öffentlicher Beleidigung in Tateinheit mit Übel-Nachrede zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte hatte in einem Artikel den Berliner Bürgermeister Reuter, der sich auf einer Amerikareise befand, als „Filialleiter der Wallstreet“ und „US-Agent“ bezeichnet.

Kim Il Sung nach Nordkorea zurückgereist
Die von Ministerpräsident Marshall Kim Il Sung geleitete nordkoreanische Regierungsdelegation ist, einem Bericht des Moskauer Rundfunks zufolge, am Freitag, aus der sowjetischen Hauptstadt nach Nordkorea zurückgereist.

Montan-Union erwartet USA-Anleihen von drei Milliarden DM

LUXEMBURG (dpa). — In ununterrichteten Kreisen der Montanindustrie der sechs Schuman-Plan-Länder rechnet man „mit großer Wahrscheinlichkeit“ noch in diesem Jahr, spätestens aber bis zum kommenden Frühjahr, mit amerikanischen Privataneihen in Höhe von zwei bis drei Milliarden DM. In Luxemburg wird erwartet, daß die Anleihegelder nur unter der Bedingung zur Verfügung gestellt werden, daß sie ausschließlich in westeuropäischem Kohlebergbau investiert werden. Ueber die vermutlichen Anleihebedingungen gibt es in Kreisen der Montanunion keine sichere Voraussage.

Moskaus Riesenbetrug an der Sowjetzone

Alle Staatsbetriebe bleiben weiter in sowjetischer Hand

BONN (EB). — Die im August 1953 von Pankow mit größtem Propagandaaufwand bekanntgegebene angebliche Rückgabe der „letzten 33 sowjetischen AG-Betriebe“ in Mitteldeutschland an die Satellitenregierung in Pankow hat sich als der bisher größte Betrug Moskaus an der Sowjetzonenbevölkerung herausgestellt.

Den Generaldirektoren dieser 33 SAG's, die für den 23. und 24. September überraschend zu einer außerordentlichen Tagung nach Karlsruhe berufen worden waren, wurde, wie das Ostbüro der SPD aus zuverlässigen Quellen erfuhr, von den Sowjets mitgeteilt, daß die Betriebe auch nach dem 1. Januar 1954, dem angeblichen Rückgabetermin, ausschließlich der sowjetischen Regierung zur Verfügung stehen werden. Die 33 SAG's, die den größten Teil der sowjetischen Produktionskapazität umfassen, müssen ihre gesamte Produktion in Zukunft als sogenannte „Export“ nach der Sowjetunion liefern, wobei Preise bezahlt werden, die höchstens 50 bis 60 Prozent der Herstellungskosten ausmachen. Die Preisdifferenz ist von der Sowjetzonenbevölkerung, also vor allem von den mitteldeutschen Arbeitern, in Form von „Subventionen“ aufzubringen. Es handelt sich um Beträge, die jährlich insgesamt zwischen 800 Millionen und einer Milliarde DM liegen. Für die Durchführung der „Exporte“ wird eine „Handelsorganisation neuen Typs“ geründet werden, die als Treuhandverwaltung der Sowjets tätig ist. Um die Betriebe auch noch

finanziell zu fesseln, mußten sie in den ersten Septembertagen von der Ostberliner „Garantie- und Kreditbank“, einer Filiale der sowjetischen Staatsbank, Zwangs-„Kredite“ aufnehmen, die etwa 50 Prozent des jeweiligen Jahresumsatzes ausmachen und für die 4 1/2 Prozent Zinsen an die Moskauer Staatsbank abzuführen sind. Als Zwangs-Sicherheit mußten die Betriebe ihr gesamtes Anlagekapital, alle Lagerwaren und sämtliche Rohmaterialien den sowjetischen Geldgebern verpfänden.

Großluftschutzübung legte New York lahm

NEW YORK (dpa). — Das sonst so hektische Leben der Achtmillionenstadt New York wurde am Freitag 15 Minuten lang fast völlig lahmgelegt. Um 9.30 Uhr Ortszeit heulten die 578 Sirenen in der Stadt auf und leiteten damit die bisher größte Luftschutzübung der Geschichte New Yorks ein. Millionen von Einwohnern suchten die Luftschutzzräume auf. Die Stadt wurde von zwei Atombomben „getroffen“. Die Leitung der Luftschutzübung hatte davon abgesehen, das UN-Haus in die Übung einzubeziehen, um nicht UN-Mitglieder „politisch in Verlegenheit zu bringen“.

Unser KOMMENTAR

Neubildung der Regierung

AZ. Seit nun mehr als zwei Wochen gehen in Stuttgart die Verhandlungen um die Neubildung der Landesregierung. Man hätte annehmen dürfen, daß das Schwierigste bei solchen Verhandlungen die sachlichen Differenzen sein müßten, denn die Heftigkeit der Auseinandersetzungen in der Landespolitik resultierte doch wohl in den gegensätzlichen Auffassungen zur Schulfrage.

Nun hören wir — und es ist auch wohl nicht zu bezweifeln — daß gerade in diesen Fragen ein tragbarer Kompromiß auf der Grundlage des Status quo zustande gekommen sei. Warum nun trotzdem die verzögernde Behandlung der Umbildung der Landesregierung? Man gewinnt den Eindruck, daß offenbar schwerwiegender als die sachlichen Differenzen, doch die Frage der Kräfteverteilung ist, oder volkstümlich ausgedrückt: Die Frage, wieweil Ministerjessell kriegt wer?

Wir haben große Sorge, daß bei einer aus vier Parteien zu bildenden Regierung die Zahl der gegenwärtigen Ministerien nicht ausreicht, um ein tragbares Verhältnis herzustellen. Wir haben große Sorgen deshalb, weil die Linie des geringsten Widerstandes gerade bei solchen Verhandlungen gerne beschritten wird, das heißt, Vermehrung der Ministerien.

Überall in der Bundesrepublik geht man an die Reduzierung der Ministerien. Und mit Recht, denn mehr und mehr verlagern sich die eigentlichen Aufgaben nach Bonn. Mehr und mehr verbleibt den Ländern nur noch die Durchführung von in Bonn beschlossenen Aufgaben. Es wäre also durchaus sinnvoll, wenn man diese Tatsachen nicht einfach ignoriert.

Allerdings fehlt uns ein Ministerium; aber ein Ministerium, das keines großen Apparates bedarf: Ein Ministerium für Bundesangelegenheiten. Alle Kosten für ein solches, sehr klein zu haltendes Ministerium (es könnte beinahe nichts weiter, als die derzeitige Bonner Vertretung sein) würden sich voraussichtlich all die Möglichkeiten wirklich wahrnehmen, die in Bonn im Interesse des Landes geboten sind, dann macht es sich mehr als bezahlt.

Im übrigen sollte man den Anlaß einer Regierungsumbildung wirklich benutzen, einmal leidenschaftlos zu prüfen, wie man auch zu einer Vereinfachung der ministeriellen Verwaltung kommt. Nicht jedes Ministerium ist voll ausgelastet und manches hat keine echte gesetzgeberische Aufgabe.

Es scheint durchaus diskutabel, den Gedanken weiter zu prüfen, wie weit statt mancher voll ausgebauter Ministerien nicht Staatssekretariate ausreichen könnten. Aufgaben, die nur auf Zeit berechnet sind, erfordern nur dann ein Ministerium, wenn sie so komplex und politisch so zentral sind, daß die Politik des Landes oder des Bundes nicht daran vorbeigehen kann.

Die Verhandler um die neue Regierung sollten nun bald zu einem Ende mit ihrer Arbeit kommen. An Fragen der Verteilung von Ämtern sollte man nicht zu lange hängen bleiben. Es scheint uns heute wichtiger, daß nun endlich die Verfassungsarbeiten abgeschlossen werden, damit die wichtigen weiteren Gesetzgebungsarbeiten in Fluß kommen. Auch der Etat des Jahres 1953 wartet auf die parlamentarische Bearbeitung. Man wird zu tun haben, um bis Weihnachten allein diese Arbeiten unter Dach und Fach zu bringen.

SIGRID BOO:

„HERZ IM GLÜCK“

Presserecht: Laumann-Verlag, Stuttgart-Bad Cannstatt

17. Fortsetzung

Frau Hagel lachte, wie man über jüngere Geschwister lacht, wenn sie sich wichtig tun. „Du hast einen Ton, wie ein alter Ehemann. „Warum hast du hier drinnen“ —, ich finde, du brauchst nicht!“

Der Umstände wegen, war ich nicht imstande, Frau Hagels spitze Bemerkungen mit der richtigen Wärme aufzufassen. Die Probleme purzelten übereinander: Wie lange würde er es da drinnen aushalten? Wie lange würden die beiden hier sitzen bleiben? Wie lange würde ich Vorwände finden, um selbst hierzubleiben?

Schöne Vorwände! Mit oder ohne sie mußte ich hierbleiben, wie lange es auch dauern mochte. Es gab jemand anders, der auf die Dauer nicht dort bleiben konnte, wo er war. Ich sah nach der Uhr, und die Brust schnürte sich mir zusammen, wenn ich an den eingeschlossenen dachte.

Frau Hagel sagte plötzlich „Pecht!“ und spitzte die Ohren, oder es sah so aus, als täte sie es.

„Was hast du?“
„Mir schien, als hörte ich etwas...“
„Ja, was denn?“
„Jemand, der um Hilfe rief.“

Hasse war ans Fenster getreten und kam nun zurück. „Es waren zwei Jungen, die sich um ein Fahrrad bätgten.“

Die Minuten schlichen dahin. Mir blieb nichts weiter übrig, als mich auf meinen Platz zu setzen und mit einer Miene, als nähme ich mir eine höchst eilige Arbeit vor, einige dort liegende Bogen durchzublätern. Frau Hagel begann sich wieder zu wundern. Sie schlug vor, bei verschiedenen Leuten anrufen.

„Fredrik ist eigentlich so pünktlich! Aller-

Reuter wieder Präsident des Städtetages

Sechste Hauptversammlung in Hamburg eröffnet

HAMBURG. (dpa) - Berlins Regierender Bürgermeister Ernst Reuter wurde am Freitag auf der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Hamburg wieder zum Präsidenten dieser kommunalen Spitzenorganisation gewählt. Bürgermeister Max Brauer als Gastgeber nannte die Wahl Reuters ein Bekenntnis der Städte und Gemeinden der Bundesrepublik zur deutschen Hauptstadt Berlin, die sich unter ihrem tapferen Bürgermeister als Bollwerk der Freiheit inmitten der Sowjetzone die Bewunderung der ganzen Welt verdient habe. Ebenfalls einstimmig wurden der Kölner Oberbürgermeister Dr. Schwingen um Vizepräsidenten und die Oberbürgermeister Gayk (Kiel) und Dr. Müller (Augsburg) in ihren Ämtern als Stellvertreter des Präsidenten bestätigt. Mit einem leidenschaftlichen Bekenntnis zur Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit hatte Berlins Regierender Bürgermeister Ernst Reuter am Freitag in Hamburg die sechste Hauptversammlung eröffnet. Er wies, sagte Reuter, daß die anwesenden Vertreter der deutschen Städte und Gemeinden in ihren Gedanken bei den deutschen Brüdern sind, die durch ein unseliges Schicksal an der Teilnahme in Hamburg verhindert seien.

Einen dringenden Appell an den neuen Bundestag, die kommunale Selbstverwaltung in allen Bereichen zu fördern und zu unterstützen, verlas der Vizepräsident des Städte-

tages, Kölns Oberbürgermeister Dr. Schwingen, unter dem Beifall der Versammlung. Nur der Dreiflang Bund-Länder-Gemeinden sichere der nationalen Gemeinschaft Bestand und Wohlergehen und schaffe die Einheit von Recht und Freiheit. In dem Appell des Städtetages wird außerdem gefordert, die „verbundene Steuerwirtschaft“ nach dem Vorbild der Weimarer Republik wieder einzuführen. Die Gemeinden verlangen ferner, daß sie im Gegensatz zu der bisherigen Regelung als dritter gleichberechtigter Partner am öffentlichen Finanzausgleich beteiligt werden. Auch der Kommunalkredit dürfe nicht länger benachteiligt werden. Auf wirtschaftlichem Gebiet verlangte Dr. Schwingen unter anderem ein neues „rechtsstaatlich bestimmtes“ Energie-Aufsichtsgesetz und ein Anpassen der preisrechtlichen Vorschriften über die Konzessionsentgelte der Versorgungsbetriebe an die tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse. Die kommunalen Eigenbetriebe seien bei der Ermäßigung der Körperschaftsteuer mit den privaten Kapitalgesellschaften gleichzustellen.

Der Ulmer Oberbürgermeister, Theodor Pfizer gab bekannt, daß die Städte im Bundesgebiet seit Kriegsende 24.000 Schulräume mit einem Kostenaufwand von sechshundert Millionen Mark gebaut haben. Pfizer forderte eine Mitverwaltung der Städte im Schulwesen.

Neue verstärkte Parteifronte in der FDP

Aus Sorge um Regierungsverhandlung Fraktionssitzung vorverlegt

BONN. — Die zunächst für den 5. Oktober festgesetzte Fraktionssitzung der FDP wird bereits am 2. und 3. Oktober in Bonn stattfinden. Diese Vorverlegung der Sitzung ist auf den Wunsch der Landesverbände von Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen zurückzuführen, die dem von der FDP eingesetzten sogenannten „Fünfer-Ausschuß“ die Legalität absprechen wollen, im Namen der FDP-Fraktion mit dem Kanzler über die Regierungsbeteiligung der FDP zu verhandeln. Diesem „Fünfer-Ausschuß“ gehören mit den Abg. Blücher, Dr. Wellhausen, Dr. Schäfer, Dr. Schneider und Euler die radikalsten Vertreter einer FDP-Beteiligung an einer neuen Adenauer-Regierung an.

Schon fertige Kabinettsliste?

Der Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Ministerialdirektor Herbert Blankenhorn, und der Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt, Hans Globke, hatten auch am Freitag kurze Besprechungen mit Bundeskanzler Dr. Adenauer auf der Bühlerhöhe. Wie verlautet, sollen wiederum haupt-

sächlich laufende Regierungsangelegenheiten besprochen worden sein. Wie dpa meldete, sei es durchaus möglich, daß der Bundeskanzler schon mit einem Plan über die Zusammensetzung der künftigen Bundesregierung nach Bonn zurückkehrt. Hierüber wolle dann der Bundeskanzler am 5. Oktober noch mit dem Bundespräsidenten und den Fraktionsvorsitzenden verhandeln. Voraussichtlich wird Dr. Adenauer am 3. Oktober Bühlerhöhe verlassen.

Von Knöringen warnt

Im SPD-Präsidium erklärte am Freitag der Landesvorsitzende der SPD in Bayern, Waldemar v. Knöringen, sollte versucht werden, die SPD durch Machtentscheidungen aus der Mitarbeit an der Landesregierung hinauszudrängen, so werde dies für Bayern einen bedenklichen Zustand innerer Auseinandersetzungen schaffen. Die Demokratie in Bayern ruhe heute auf der aktiven Zusammenarbeit der beiden großen Parteien CSU und SPD. In den zurückliegenden Jahren habe die SPD ihre Bereitschaft zu dieser Zusammenarbeit unter Beweis gestellt.

„Nürnberger Blindgänger“ entschärft

Dr. Högner sandte Glückwunsch-Telegramm an Entschärfungstrupp

NÜRNBERG (dpa) — Der seit Dienstag wegen eines gefährlichen Blindgängers auf der Nürnberger Altstadt lastende Alldruck wich am Freitagvormittag, als die zwei Tonnen schwere Luftmine am Fuß der Nürnberger Brug ohne Zwischenfälle entschärft worden war. Die Bewohner der Altstadt, die zum Teil in Bunkern und Luftschutzkellern Schutz suchen mußten, atmeten befreit auf, als kurz nach 11.30 Uhr durch einen drei Minuten langen Dauerton der Luftschuttsirenen bekanntgegeben wurde, daß die Gefahr beseitigt ist. Es hatte ungefähr eineinhalb Stunden gedauert, bis die beiden Sprengmeister und ihre Ge-

hilfen die drei Zünder entfernt hatten. Einer der Zünder hatte sich verklemmt und mußte herausgefräht werden.

Die Feuerwehr brachte den entschärften Blindgänger mit einem Kranfahrzeug zum Truppenübungsplatz Grafenwöhr, wo er gesprengt werden soll. Der bayerische Innenminister Dr. Wilhelm Högner sandte den Sprengmeistern und ihren Helfern Glückwunschtelegramme. Nürnbergs Oberbürgermeister Otto Bärnreuther versprach eine besondere Belohnung. Während der Entschärfung beteten Frauen und Männer in den Kirchen für die Sprengmeister und ihre Gehilfen.

Die endgültige Mandatsverteilung

BONN (dpa) — Nach dem nunmehr vorliegenden endgültigen amtlichen Wahlergebnis vom 6. September verteilen sich die Sitze im Bundestag wie folgt: CDU/CSU 243, SPD 151, FDP 48, DP 15, BHE 27 und Zentrum 3. Insgesamt sitzen im Bundestag 487 Abgeordnete. Der Bundeswahlleiter gibt nunmehr endgültig die Mandate der CDU/CSU mit 243 und des Zentrums mit 3 an. Bisher wurde immer von 244 Abgeordneten der CDU/CSU und von 2 Abgeordneten des Zentrums gesprochen. Die Differenz ergibt sich daraus, daß für den Bundeswahlleiter zwischen CDU und Zentrum auf der Landesliste des Zentrums in Nordrhein-Westfalen gewählte CDU-Kandidat Martin Heix amtlich vorläufig zum Zentrum rechnet.

Wohleb ist ungehalten

FREIBURG (dpa) — In einer weiteren Versammlung des Heimatbundes „Badnerland“ warnte der ehemalige südbadische Staatspräsident Leo Wohleb am Donnerstagabend in Freiburg die CDU davor, sich bei den Verhandlungen in Stuttgart mit „faulen Kompromissen“ abzufinden. Wörtlich erklärte Wohleb: „Wir haben nicht gekuscht vor der Regierung Maler, wir werden auch vor einer anderen Regierung in Stuttgart nicht stillstehen. Und wenn andere sich unter das Joch der Einhaltung eines ordnungsgemäß abgeschlossenen Vertrages beugen, wir beugen uns nie unter das Joch des Südweststaates“. Die Bewegung der Altbadener werde dafür sorgen“, so sagte Wohleb, daß im Bundestag ein drittes Neugliederungsgesetz eingebracht wird. Der CSU und der Deutschen Partei sei man dabei sicher.

Sie dürfen in Kanada bleiben

OTTAWA (dpa) — Die beiden deutschen Kriegsgefangenen Franz Jenisch und Heinz Fromme, die 1946 aus Kriegsgefangenenlagern in Kanada flohen und seitdem als unauffindbar galten, erhielten am Freitag vom kanadischen Einwanderungsministerium die Genehmigung, in Kanada zu bleiben. Fromme hatte als Maler unter falschem Namen in Marathon (Ontario) und Jenisch sechs Jahre als Arbeiter unter dem Namen John Krach in Hamilton gelebt. Die Einwohner von Marathon und Hamilton hatten an die kanadischen Behörden Gesuche gerichtet, von der Ausweisung der beiden geflohenen Deutschen abzusehen.

30 NATO-Flugplätze bis Jahresende

PARIS (dpa) — Bis Jahresende werden in der Bundesrepublik dreißig Flugplätze für die NATO-Luftstreitkräfte zur Verfügung stehen. NATO-Generalsekretär Lord Ismay erklärte dies in Paris und fügte hinzu, daß sich zu diesen von den USA, Großbritannien und Frankreich auf deutschem Boden errichteten Flugplätzen noch neunzig gemeinsam von allen Atlantikpaktländern finanzierte Luftbasen in Europa gesellen werden. Die Gesamtzahl von 120 Flugplätzen am Ende dieses Jahres werde damit doppelt so groß sein wie die Zahl der Flugfelder, die Ende 1952 verfügbar waren.

Hausmann: „Große Koalition eine Notwendigkeit“

TITISEE (Isar) — Der Landesvorsitzende der FDP/DVP Baden-Württemberg, Dr. Wolfgang Hausmann, bezeichnete am Freitag auf einer Tagung der südbadischen FDP in Titisee die Bildung einer badisch-württembergischen Regierung der großen Koalition als eine staatspolitische Notwendigkeit. Die rasche Bildung, so sagte Dr. Hausmann, einer solchen Regierung, würde auch vom Ministerpräsidenten Dr. Reinhold Maier ausdrücklich begrüßt. Mit der Bildung einer großen Koalitionsregierung würden „endlich die Voraussetzungen für die Verabschiedung der Verfassung des südwestdeutschen Bundeslandes in naher Zukunft auf breiter Grundlage geschaffen“.

Hasse erklärte, seine Schwester litt an Gehörhalluzinationen.
„Nein, aber da hat wirklich jemand gerufen!“

Einen Augenblick blieben wir alle drei stehen. Ich war drauf und dran, zurückzulaufen und, koste es was es wolle, den Reeder aus seiner Lage zu befreien. Wenn man schon krepierete, dann mußte wenigstens ein triftiger Grund dafür vorhanden sein.

Als der Ruf sich wiederholte, zeigte es sich, daß er aus dem Rundfunk des Pförtners kam. Was den Sonnenuntergang betraf, hatte Hasse allerdings recht. Einen Augenblick blieben wir auf dem Bürgersteig stehen. Da rief mich jemand beim Namen. In dem roten Flammenschein des Sonnenuntergangs war es nicht leicht, ihn herauszufinden. Er stand auf der anderen Seite der Straße. Und dann mußte ich mein Gedächtnis anstrengen, um festzustellen, wo ich diesen „kleinen Mann mit den scharfgeschnittenen Zügen schon gesehen hatte. Plötzlich wußte ich, es war Advokat Steinarson!

So schnell ich konnte lief ich über die Straße. Es ist möglich daß ich mich nicht vorah. Ich glaube wirklich, ich tat es nicht. Sollte das denn auch in einer Kleinstadt wie Herresand notwendig sein? Auf halbem Wege hinüber kam mir etwas Überrumpelndes, etwas Unausweichbares, Gigantisches entgegen. Etwas strömte mir zu Kopf. Brauste mir vor den Ohren. Windmühlensflügel drehten sich vor meinen Augen. Ich hörte das langgezogene Getöse von Bremsen und eine rufende Stimme. Und dann fühlte ich, nun war alles gleich.

Zehntes Kapitel

Ein Gefühl durchgreifender Unbehaglichkeit überfiel mich auf der Schwelle zum Bewußtsein.

Ich hätte schwören mögen, daß um meine Stirn ein Diadem von Blei geschmiedet war, und in der einen Schulter trat eine Säge in Tätigkeit, sobald ich mich bewegte.

(Fortsetzung folgt)

Gewerkschaften ein Schutz - kein Opfer

Ablehnung der Gleichschaltungsforderungen auf der ganzen Linie

Die ersten scharfen Reaktionen auf die Forderungen der CDU an den Deutschen Gewerkschaftsbund, der DGB solle innerorganisatorische Konsequenzen aus der Bundestagswahl ziehen, haben in der deutschen Presse kein günstiges Echo gefunden. Formulierungen und Vergleiche, die in diesen Forderungen Anklänge an 1933 im Nazi-Deutschland und Dollfuß-Oesterreich fanden, wurden scharf zurückgewiesen. Inzwischen ist nun der Text dieser Forderung bekannt geworden, und selbst denen, die eine wohlwollende Prüfung der CDU-Forderungen befürworten, muß das Erschrecken gekommen sein.

Was hier verlangt wird, ist nicht nur die vorläufige paritätische Besetzung aller Gewerkschaftskörperschaften durch diese Partei — durch eine Partei übrigens, die der AFL-Vorsitzende Meany als von Gruppen und Interessenten beherrscht charakterisierte, die einst schon Hitler finanziert hätten — hier wird auch die völlige Selbstaufgabe der Gewerkschaften durch eine „Änderung der Gesamthaltung gegenüber Staat, Gesellschaft und Wirtschaft“ verlangt.

Man kann darüber beruhigt sein, daß die personalpolitischen Forderungen der CDU an ihrer Unmöglichkeit psychologisch zugrunde gehen. Sie haben selbst jene christlichen Gewerkschafter abgeschreckt, die Änderungen des bisherigen Status für wünschenswert hielten. Abgesehen davon, daß die statuarischen Bestimmungen dem DGB, wie den angeschlossenen Gewerkschaften, eine „Kooptation“ — die gewisse Journalisten fälschlicherweise mit „Mitspracherecht“ verwechseln — nicht erlauben. Die bereits vorliegenden Stimmen aus den Gewerkschaftskongressen und den leitenden Gremien des DGB und der IGs erklären die Forderungen ausnahmslos als undiskutabel. Wird aber aus diesem Ultimatum — wenn nicht, dann Spaltung! — in personeller Hinsicht schon die dollfüßige, klerikal-autoritäre Tendenz sichtbar, die sich später auch nicht mehr mit der Parität zufrieden geben wird, so kommt sie zwar versteckter, dafür umso folgenschwangerer in der Forderung nach „Änderung der Gesamthaltung gegenüber Staat, Gesellschaft und Wirtschaft“ zum Ausdruck. Für die Gewerkschaften ist weder hinsichtlich des Staates, noch der Gesellschaft oder der Wirtschaft eine neue Situation gegeben.

Die „Wirtschaft“ hat allerdings nach dem Wahlsieg der CDU in dieser Partei, und

damit im Parlament, einen verstärkten Einfluß bekommen. Nach den Erklärungen ihrer Experten und ihren bekannten Wünschen wird sich die Wirtschaftspolitik künftig noch ausgeprägter als bisher in der vom Wahlauftrag der Gewerkschaften scharf kritisierten Weise entwickeln. Die Vertreter der CDU und der KAB bieten nicht die Gewähr dafür, daß sie diesem verstärkten Einfluß in ihrer Partei und im Parlament entschieden entgegenreten. Die vergangene Legislaturperiode des Bundestags bietet dafür genügend Anschauungsmaterial. Sie könnten in ihrer finanziellen und weltanschaulichen Abhängigkeit nur die Abwehrkraft der Gewerkschaften schwächen, anstatt sie zu stärken, wie es notwendig wäre. Und gerade das sollen sie, nach der Vorstellung ihres Vorsitzenden und seiner schwerindustriellen Freunde, mit ihrem Ultimatum durchzusetzen suchen.

Auch die Konstruktion der Gesellschaft hat sich in Deutschland nach dem 6. September nicht verändert. Nach wie vor steht sie auf dem neoliberal-kapitalistischen Wirtschaftsgrund, mit der „Freiheit“ jedes einzelnen, je nach Menge der verfügbaren Bezugscheine D-Mark mit Renteneinkommen ohnmächtig zu hungern, organisiert um den Lohn zu kämpfen, oder sich mit den Mitteln

der politischen gesetzgeberischen Macht und der Verfügbarkeit über Produktion und Verteilung, unbehindert die Taschen zu füllen. In dieser Gesellschaftskonstruktion sind die Gewerkschaften noch immer das einzige wirksame soziale Instrument, um die schlimmsten Auswüchse dieser Ordnung zu lindern oder zu verhindern. Eine Pflicht mehr für die Gewerkschaften, sich ihre Unabhängigkeit zu bewahren.

Und zum Staat? Noch haben wir — der Konstruktion nach — einen demokratischen Staat, in dem jedem Staatsbürger, aber auch jeder Organisation, eine eigene Einstellung zu den politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Tatbeständen garantiert ist; auch den Gewerkschaften. Sollte die CDU die Absicht hegen — und es scheint, sie hegt sie —, dieses Grundrecht anzutasten, so wären allerdings die Gewerkschaften — und sogar satzungsgemäß — verpflichtet, ihre Einstellung zum Staat zu überprüfen und wirksame Maßnahmen zur Sicherung der Demokratie zu ergreifen. Die Voraussetzung für solchen Schutz der Demokratie durch die Gewerkschaften ist, daß sie sich die eigene innere Demokratie und die Unabhängigkeit von Parteien bewahren, insbesondere von solchen mit sichtbar autoritärer Tendenz. R. D.

220 Polizisten und die EVG

„Deutsche EVG-Gerätevorführung“ in Bonn abgeschlossen

Von unserem ständigen Bonner Korrespondenten

BONN. — Zweihundert Bonner Polizisten, 20 berittene Polizisten aus Köln und ein Stab von Verfassungsschutzbeamten schirmten am Freitag die im Rahmen der Bonner EVG-Ausstellung veranstaltete Gelände-Vorführung serienmäßiger und im Handel erhältlicher Lastkraftwagen verschiedener Typen hermetisch ab. Die bei jedem Teilnehmer durchgeführte Personalkontrolle entsprach — wie mitgeteilt wurde — den bei der NATO gültigen strengen Vorschriften, wie sie etwa für den Besuch von Atomwerken vorgesehen sind. Die Vorführung der durchwegs vier- und sechsrädergetriebenen Lastkraftwagen, die schwerste Geländebehinderung bis zu 61 Grad Neigung überwinden mußten, fand mehrfach den Beifall der ausländischen Fachleute, unter denen nur wenig Uniformierte zu sehen waren. Von deutscher Seite nahmen an den Vorführungen u. a. die Generale a. D. Heu-

singer und Dr. Speidel von der Dienststelle Blank teil. Die Lastkraftwagen sind, wie bekanntgegeben wurde, u. a. als Zugmittel für leichte Artillerie, für Mannschafts-, Kranken- und Versorgungstransporte, sowie als Gerätefahrzeuge vorgesehen.

Die EVG-Ausstellung selbst, die offiziell „Deutsche Gerätevorführung“ heißt, zeigte vor allem technische Geräte der verschiedensten Art sowie Bekleidungsstücke. Neben zwei Mustern von „Kampfanzügen“ (Battle-Dress) und Stahlhelmen in USA-Form sah man u. a. Fallschirme, Textil-Koppel, hohe Lederschuhe und Feldflaschen aus Kunststoff mit Schaumgummiüberzug. Bei den technischen Geräten fanden u. a. besonderes Interesse: Eine „europäische“ Schreibmaschine mit einer für 14 Sprachen verwendbaren Einheits-Tastatur, ein auf Straße und Schiene verwendbares Kran-Fahrzeug mit 15 t Tragfähigkeit, moderne Nachrichten- und Radargeräte, höchstentwickelte Fernschreiber, die als Sender und Empfänger zugleich verwendbar sind, unbemannte und ferngesteuerte Minen-Räumgeräte in U-Boot-Form, die die typisch militärdeutsche Kennzeichnung „Hohlstab-Fernrührgerät 17“ tragen, Kommandolautsprecher mit gelenkter Sprechrichtung, aufblasbare Gummi-Panzer und Lkws, die zu Übungszwecken dienen, Klein-Röntgen-Geräte, die in zwei normalen Koffern untergebracht werden können, sowie schließlich sogenannte „Bildwandler“, die unter Verwendung von „dunklem Licht“ das Sehen bei Nacht bis zu zehn Kilometer so ermöglichen, als ob die beobachtete Gegend taghell erleuchtet wäre.

Für Infanteristen wurde bereits ein kleiner, tragbarer „Bildwandler“ in der Form eines Föhns entwickelt, der eine Gelände-Erkennbarkeit bis zu 80 Metern bietet. Mit größtem Interesse wurde eine Tafel betrachtet, die die Verwendung der Erkennungszeichen des künftigen „Erkennungsdienstes der Bundesrepublik Deutschland“ demonstrierte. Diese neuen Erkennungszeichen in der doppelten Länge einer Briefmarke enthalten eine verkleinerte Fotokopie der Personalbeschreibung und des Fingerabdruckes des Trägers sowie seine Blutgruppe. Verschiedene Lochungen ermöglichen durch Verwendung von Hollerith-Maschinen weiter detaillierte Personalfeststellungen. Die auf feuerfestem Metall gefertigte Erkennungs-marke ist von einem „Dosimeter“ aus Kunststoff umgeben, der eine Röntgenfolie enthält, die im Falle von Atomangriffen die Erkennung des Trägers erleichtert.

Nach der Vorführung gab es dann für alle Zuschauer einen Schlag Erbsensuppe aus der Feldküche. . . .

Heute

Langsam voran!

Wieviel Sorgen hat uns doch die neue deutsche Wehrmacht schon gemacht, bevor sie überhaupt da ist. Nicht von den Sorgen des Amtes Blank soll die Rede sein oder von denen, die sich vielleicht einzelne Experten und darüber hinaus die Knopffabrikanten machen, und schon gar nicht von jenen Sorgen, die leicht diejenigen haben werden, die man am wenigsten fragt, die künftigen Soldaten. . . .

Seit anderthalb Jahren — oder sogar schon länger — hat ein besonderer Ausschuss des Deutschen Katholikentages seine EVG-Sorgen.

Die Angelegenheit geschieht sehr geheim, und die Protokolle der Tagungen werden vertraulich — mit Kontrollnummern versehen — nur an ausgewählte und berufene Persönlichkeiten verschickt.

Begnügen wir uns mit der Essenz dieses sorgenvollen Treibens, wie sie in einem solchen Tagungsprotokoll zum Ausdruck kommt: Langsam anfangen, nicht sofort Wehrpflicht, damit nicht „notwendig auch diejenigen zum Zuge kämen, die nicht die nach christlicher Auffassung notwendigen Voraussetzungen mitbrächten“. Was gebraucht wird, sind „aus Freiwilligen rekrutierte Versuchs-Lehrkaders“. Es ist „die Frage zu prüfen, ob man nicht Modellkadern nur aus den katholischen Jugendverbänden heraus errichten könne und ob man innerhalb der Jugendverbände „vormilitärisch“ nicht jetzt schon Vorbereitungen treffen könne . . . durch ein solches Experiment bestimmte Urzellen zu schaffen. . . .“

Die Schlagworte wie etwa „objektive Kriegsmoral“, „vormilitärische Arbeit“, oder „Modellkader“ deuten nicht gerade auf sehr angenehme Vorbilder hin. Sollte nicht das Stichwort „Immer langsam voran“, das man hier der gründlichen Arbeit zuliebe zu präzisieren scheint, insgesamt auf diese Art der Vorbereitung gemünzt werden? R. G.

Blick in die Zeit

Lange Finger noch im Gefängnis

BASEL — Ungewöhnliche Vorgänge ereigneten sich in einer Baseler Strafanstalt. Zwei Gefängnisinsassen, die mit Dachdeckerarbeiten beschäftigt waren, stiegen mehrere Male in die Räume der Frauenabteilung der Anstalt ein und erbrachen Schränke, in denen die persönlichen Wertsachen der weiblichen Häftlinge untergebracht waren. Dabei erbeuteten sie Armbandsuhren, goldene Halsketten, Broschen und Unterwäsche. Die Wertgegenstände übergab einer der Einbrecher seiner Frau, als sie ihn besuchte, ohne daß der Wärter es merkte.

Modenschau mit Hindernissen

BRUSSEL — Zu einer Schlägerei führte eine Modenschau für Eingeborene in der Stadt Elisabethville im belgischen Kongo. Die Modenschau der belgischen Bekleidungs- und Konfektionsindustrie erzielte einen derartigen Erfolg, daß Hunderte von schaulustigen Negern keinen Einlaß mehr fanden. Die Eingeborenen gingen auf die absperrenden Polizisten los. Es kam zu einem allgemeinen Handgemenge. Erst nach eineinhalb Stunden konnte die Ordnung wieder hergestellt werden.

Don Camillo in Nordfrankreich

PARIS — Die Bauern dreier Gemeinden im Departement von Calais in Nordfrankreich verbarrikierten dieser Tage die Ausgänge des Pfarrhauses, um den Wegzug ihres Pfarrers zu verhindern, dem der Bischof eine andere Gemeinde zugewiesen hatte. Mit großen Transparenten forderten die Bauern den Bischof auf, seine Anordnung rückgängig zu machen. Der Pfarrer hätte aber am Abend vorher bereits ohne jedes Gepäck das Dorf verlassen. Nun wollen die Bauern „notfalls bis Rom marschieren“ um ihren Pfarrer zurückzuholen.

Rundfunksprecher „versprach“ sich

SEOUL — Ein Sprecher des Seouler Rundfunks ist verhaftet worden, weil er den Hörern gesagt hatte, der mit einer Mig 15 geflüchtete Nordkoreanische Pilot sei von alliierten Offizieren „gefoltert“ worden. Nach dem Manuskript hätte er lesen müssen, er sei „verbört“ worden. Nach Mitteilung der Seouler Polizei stammt der Sprecher aus Nordkorea. Er soll ein „kommunistischer Spion“ sein und das Manuskript absichtlich falsch verlesen haben.

Der Schulstreik in Rheinland-Pfalz

Verfassungsgerichtspräsident wollte Richter in eigener Sache sein

(Von unserem K. H.-Mitarbeiter in Rheinland-Pfalz)

MAINZ. Ueberfüllte Gerichtssäle in Verhandlungen über Schulfragen können nur als gutes Anzeichen für das Interesse der Öffentlichkeit an ihren ureigensten Erziehungsfragen gewertet werden. Für die Landesregierungen sollten sie aber Mahnzeichen sein. Verordnungen und Gesetze in diesem Lebensbereich nicht auf die leichte Schulter zu nehmen oder sich durch jahrelanges Verzögern einem unliebsamen Verdacht auszusetzen.

In Rheinland-Pfalz, wo die Frage gemeinsame oder konfessionell getrennte Schule schon seit Jahren eine wichtige Rolle spielt, möchte die SPD seit ebensoviel Jahren die Neueröffnung konfessioneller Schulen durch ein auf der Verfassung basierendes Gesetz geregelt wissen. Nun hat sich die Landesregierung mit dem Interesse der Jugend und der Lehrerschaft eine erneute entsprechende Warnung zu Herzen nehmen müssen, als der Verfassungsgerichtshof die Klage der SPD-Landtagsfraktion gegen die Verordnungen der Landesregierung zum Schulartikel der Verfassung verhandeln wollte: Schüler und Lehrer hörten mit wachsendem Staunen und Unwillen aus dem Munde des Anwalts der SPD-Fraktion, Justizrat Friedrich Wilhelm Wagner, welche innere juristische Unmöglichkeit, in der Absicht lag, daß ein ehemaliger Kultusminister — und damit eine Persönlichkeit, die als früherer Verantwortlicher auch heute noch tonangebend ist — als Verfassungsgerichtspräsident seine eigenen bzw. die von seinen Verordnungen abgeschriebenen neuen

Verordnungen auf ihre verfassungsmäßige Rechtmäßigkeit prüfen sollte.

Inzwischen hat sich der Präsident und ehemalige Kultusminister — es ist Professor Süsterhenn, als Jurist weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt — den Argumenten des Anwalts der SPD gebeugt und ist, „um Befürchtungen über seine Befangenheit vorzubeugen“, zurückgetreten. Allerdings hat er im April die damals dringend notwendige einstweilige Verfügung gegen das Inkrafttreten der Verordnungen als Präsident verhindert, obwohl auch damals die SPD seine Befangenheit betonte.

Das Ergebnis der Verhandlungen im Verfassungsgericht ist noch nicht bekannt. Es soll schriftlich mitgeteilt werden, trotzdem die SPD ihre Klage zurückgezogen hat, um den Weg für ein vom Landtag ausgehandeltes Gesetz frei zu machen. Nun ist es die Regierung, die auf dem Weg über die Entscheidung des Verfassungsgerichts versucht, die Regelung wichtigster kulturpolitischer Lebensfragen, die Erziehung in der Volksschule, durch auswechselbare Verordnungen im Sinne der CDU und der hinter ihr stehenden Kräfte zu sichern und die Hintertür für ihren Einfluß offen zu halten. Das starke und in seiner Richtung bekannte Interesse der Öffentlichkeit sollte ihr allerdings eine Warnung sein, den Bogen nicht zu überspannen und die Einseitigkeit nicht nur durch den gelegentlichen Rücktritt eines voreingenommenen Präsidenten verschleiern zu wollen.



»Geprüft und für gut befunden«

Nach alter Tradition der Kurmark

Was man selbst gesehen, geschmeckt und auch für gut befunden - das kann man jederzeit empfehlen, sagte man schon zu Zeiten der Kurmark. In diesem Sinne wurde die Kurmark-Cigarette erprobt. Wer heute wieder KURMARK wählt, weiß was er bekommt: Eine charaktervolle Cigarette von gleichbleibend hohem Niveau, mild und stets bekömmlich.



8 1/2 Pf.

- gut wie in den besten Tagen

KARLSRUHE

von A bis Z

In zwei Zehntel Sekunden wird Milch zu Pulver

25 Jahre Institut für Apparatebau und Verfahrenstechnik der TH — Das Herz weitverzweigter Industrien

Programmheft der „Karlsruher Herbstwoche“

Für die diesjährige „Karlsruher Herbstwoche“ hat der Verkehrsverein wieder ein Programmheft herausgegeben, in welchem sämtliche Veranstaltungen zur Herbstwoche verzeichnet sind. Das ausgezeichnet gestaltete Heft enthält außerdem Beiträge von Dr. O. Paasche, Dr. O. Gillen und Dr. A. Grolmann und ein Geleitwort von Oberbürgermeister Klotz. Das inhaltlich reich gestaltete Heft ist beim Verkehrsverein und an den Abendkassen für die einzelnen Veranstaltungen zum Preise von nur 20 Pfg. erhältlich.

Wer wird das 1000. Mitglied?

Wie bereits gemeldet, kann der Karlsruher Verkehrsverein in diesem Jahre auf sein 50-jähriges Bestehen zurückblicken, ein bedeutendes Jubiläum, welches am 17. und 18. Oktober ds. Js. festlich begangen wird. Das Programm der Jubiläums-Veranstaltungen weist neben einem „Badisch-Pfälzischen Heimat-Abend“, einem Festakt und Fest-Bankett auch ein großes Volkskonzert in der Stadthalle am 18. Oktober bei Eintrittspreisen von 60 Pfg. und DM 1.— auf, das als Werbe-Veranstaltung für den Verkehrsverein gedacht ist. Der Verkehrsverein, der zur Zeit genau 957 Mitglieder zählt, hofft, im Jubiläumsjahr das 1000. Mitglied einschreiben zu können.

Karlsruhe und die „Brasil-Post“

Nachdem der Verkehrsverein schon seit Jahren in der „Staatszeitung und Herold New-York“ laufend Artikel und Fotos veröffentlicht hat, hat sich nun auch die deutschsprachige, in Sao Paulo erscheinende Wochenzeitung „Brasil-Post“ bereit erklärt, laufend Karlsruher Artikel und Bilder zu bringen. Die erste Veröffentlichung von Karlsruhe erfolgte in der Ausgabe vom 18. 7. 53 erschienenen und zeigt auf der Titelseite ein Bild vom Rathaus in Karlsruhe-Durlach.

Kommt Maxie nach Karlsruhe?

Die Offenburger Firma ASO — Adolf Spinner, Offenburg — erhielt, wie wir berichteten, vor kurzem eine Seehündin als Geschenk. „Maxie“, so heißt diese Dame, ist auf der Offenburger Herbstmesse zu sehen, ist munter und unterhält durch ihre Schwimmkunst die Gäste.

Die Firma Spinner schrieb nun an Oberbürgermeister Klotz einen Brief und bot „Maxie“ der Stadt Karlsruhe als Ersatz für den eingegangenen Seelöwen an, und zwar ebenfalls als Geschenk.

Bürgermeister Dr. Gutenkunst wird nach Offenburg fahren, um die Seehündin in Augenschein zu nehmen. Man darf sicher sein, daß er sie sofort mit nach Karlsruhe nehmen würde. Aber da müssen zunächst noch einige Ratschläge eingeholt werden, ob die beiden Karlsruher Seelöwen mit der Offenburger Seehündin auch auskommen.

Schön wär's freilich, wenn das Wasserbecken wieder Zuwachs erhalten würde.

GYA-Heim in der Luisenstraße

Der Betrieb des ehemaligen GYA-Heimes in der Schubertstraße, das infolge Freigabe des Hauses vor einiger Zeit geräumt werden mußte, hat seine Arbeit in beschränktem Umfang inzwischen im Karlsruher Jugendheim (Rüppurrstr. 29, Eingang Luisenstraße) wieder aufgenommen.

Karlsruher Tagebuch

Stadtgartenkonzerte. Anlässlich des Freundschaftsbesuches Freiburg-Karlsruhe beginnt das Stadtgartenkonzert, das unter Leitung von Musikmeister Hugo Rudolph vom Musikverein „Harmonie“ ausgeführt wird, morgen schon um 19 Uhr und endet um 12 Uhr. Nachmittags spielt die Kapelle von 16 bis 18 Uhr. Zu Ehren der zur Zeit in Karlsruhe weilenden holländischen Gäste wird das Programm, das u. a. Stücke von Lehar, Auber, Wagner, Lortzing aufweist, auch holländische Kompositionen bieten.

Staatstheater. Samstag, Großes Haus, 20 Uhr: „Wie einst im Mai“, Operette von Walter Kollo. Ende 22.45 Uhr. — Kleines Haus, 20 Uhr: Erstaufführung: „Die Pilger von Mekka“, Komische Oper von Gluck. Ende 23 Uhr. Mitwirkende: Musikalische Leitung: Haas; Inszenierung: Overhoff; Bühnenbild: Müller; Kostüme: Amann; Choreographie: Jerschik, Möckel, Naumann, Stähle, Steffen, Schnepf, Conzen, Graumann, Hofmann, Jahnke, Müller, Ramponi, Resland, Rohrbach. — Sonntag, Großes Haus, 14.30 Uhr: Freier Kartenverkauf und Sonntag-Fremden-Abonnement S I. Wiederaufnahme: „Eine Nacht in Venedig“, Operette von Johann Strauß. Ende 17.15 Uhr. — 20 Uhr: „Kleine Freundin gesucht“, Musikalisches Lustspiel von Nico Dostal. Ende 22.30 Uhr. — Kleines Haus, 14.30 Uhr: Freier Kartenverkauf und Sonntag-Fremden-Abonnement S II Gr. A. Wiederaufnahme: „Was kam denn da ins Haus“, Lustspiel von Lope de Vega. Ende 16.30 Uhr. — 20 Uhr: „Wir warten auf Godot“, von Samuel Beckett. Ende 22.30 Uhr.

Geistliche Abendmusik. Am morgigen Sonntag, den 27. September, findet um 17 Uhr im Mausoleum (Fasanengarten) eine geistliche Abendmusik statt.

Amerikanisches Synchronkonzert. Die amerikanische Besatzungsmacht veranstaltet am kommenden Mittwoch, den 30. September, im Götter-Haus des Staatstheaters Karlsruhe ein Synchronkonzert, für das Freikarten zu den üblichen Vorverkaufspreisen an den Theaterkassen erhältlich sind.

Brettspielstudenten. Heute abend, 20.30 Uhr, im Klamottenkeller, Sophienstraße 87, bei der Bonifatiuskirche, das neue Programm: „Der letzte Schrei“.

Radfahrer-Verein „Sturm 1898“ Mühlburg. Die Vereinsmitglieder, die für die Fahrt ins Blaue gemeldet sind, treffen sich spätestens 7.30 Uhr in der Bahnhofshalle. Abf. des Zuges 7.40 Uhr.

Spanien-Lichtbilder-Vortrag. Am morgigen Sonntag spricht um 20 Uhr, im Chemiesaal der

Am 1. Oktober führt es sich zum 25. Mal, daß an der Technischen Hochschule Karlsruhe Vorlesungen über chemischen Apparatebau und Verfahrenstechnik gehalten wurden. Die Karlsruher TH ist nicht nur die älteste Technische Hochschule Deutschlands, sondern auch das Institut für Apparatebau und Verfahrenstechnik, das von Professor Dr. Kirschbaum gegründet wurde, ist das älteste — und bis vor kurzem einzige — Institut dieser Art im gesamten Bundesgebiet. Hier wird ein Ingenieur eigener Prägung, der Chemie-Ingenieur, herangebildet, dessen Existenzberechtigung heute nicht mehr nachgewiesen werden muß. In der chemischen Industrie, in der Nahrungsmittel- und Genußmittelindustrie, in Zellstoffwerken oder Erdölraffinerien wurde der Chemie-Ingenieur zu der Persönlichkeit, von dessen Leistungsfähigkeit die Leistung des gesamten Betriebes abhängt. Hunderte und Tausende von Chemie-Ingenieuren, die während der vergangenen 25 Jahre von Prof. Dr. Kirschbaum ausgebildet wurden, bestimmen heute maßgebend die Entwicklung in den betreffenden Industrieunternehmen.

„Mein Gott, es ist keine Milch im Haus, und die Kinder trinken doch so gern Kakao“ sorgt sich die Mutter, greift an den Kopf, um einer plötzlichen Eingebung nachzukommen und aus dem Schrank Milchpulver zu holen. Na, der Schaden konnte nochmals behoben, und der Wunsch der Kinder erfüllt werden. „Ist das richtige Milch“ wollte der Fünfjährige wissen, und die Mutter antwortet: „Mein Kind, das ist Milchpulver, schmeckt aber ganz genau so gut wie echte Milch“. Damit gibt sich der kleine Mann zufrieden, und die Mutter auch.

In der Karlsruher TH befindet sich u. a. ein Apparat, der innerhalb von zwei Zehntelsekunden Milch pulverisiert. Die Flüssigkeit wird in Millionen Teilchen zerstäubt, in kürzester Zeit getrocknet, da sich die Oberfläche um ein Vielfaches vermehrt hat, so daß innerhalb der angegebenen Zeit die Milch in Pulver verwandelt werden kann. Ob es sich um Milchpulver oder Eipulver, ob es sich um eine Verwandlung irgendeiner Flüssigkeit in die Pulver-Kristalle handelt ist gleichgültig: Das Verfahren ist im Prinzip immer das gleiche.

Das Verfahren ist im Prinzip immer das gleiche.

Vor mehr als 25 Jahren erkannte Dr. Kirschbaum, daß die technischen Einrichtungen, in denen Verbrauchsgüter erzeugt werden, in Lehre und Forschung vernachlässigt worden sind. „Je länger ich mich mit dem Apparatebau und der Verfahrenstechnik beschäftigt habe“, so meint Professor Dr. Kirschbaum im Laboratorium seines Instituts, umso mehr muß ich erkennen, daß das vor uns liegende Neuland größer ist, als der Bereich unserer jetzigen Erkenntnisse.“

Auch der Laie erfährt die Bedeutung dieser Forschung, denn die Grundverfahren: Erwärmen, Kühlen, Kondensieren, Verdampfen, Destillieren, Filtern, Trocknen usw. usw. machen ihm klar, daß Stoffe verankert werden. Man stelle sich den Unterschied zwischen einer Zuckerrübe und dem Kristallzucker vor — hier braucht man kein Fachmann zu sein — und man wird erkennen, daß es mehrerer Verfahren bedarf, die aneinandergereiht, ein Gesamtverfahren ergeben, bis der bestimmte

Eine „Betriebswirtschaftslehre für die Hausfrau“

Eröffnung der Ausstellungen „Wohnen und Wirtschaften“ und „Alles für Küche und Keller“



Die feierliche Eröffnung der beiden Ausstellungen „Wohnen und Wirtschaften“ und „Alles für Küche und Keller“ fand gestern vormittag im kleinen Saal der Stadthalle statt und wurde von Haydn-Musik, dargeboten vom Ochseneckel-Quartett der Badischen Staatskapelle, umrahmt. Unter den zahlreichen Gästen war auch Bürgermeister a. D. Heurich erschienen, der nach wie vor die Ereignisse in Karlsruhe mit großem Interesse verfolgt. Dr. Göller, Syndikus des Hotel- und Gaststättenverbandes, sprach im Namen des ersten Vorsitzenden Bachteler den Dank des Gaststättengewerbes aus für die großzügige Unterstützung der Stadt beim Aufbau der Ausstellung. Das Bestreben, Karlsruhe als Messe- und Kongressstadt in die vorderste Reihe zu stellen, würde durch die neue Doppel-Ausstellung weiter vorangetrieben. Der Hotel- und Gaststättenverband könne, wie bei seinen bisherigen Ausstellungen in Karlsruhe mit einem vollen Erfolg rechnen, was beim messefreudigen und aufgeschlossenen Publikum Karlsruhes und seiner Umgebung nicht anders zu erwarten sei. Dr. Göller sprach weiter über die Bedeu-

tung des Wirtschaftszweiges Hotellerie und Gaststätten, dem 160 000 Betriebe mit einer Million Beschäftigte im Bundesgebiet angehört. Er zeigte die weitverzweigte Verflechtung mit andern Branchen auf, die das Gaststättengewerbe als dem vorletzten Sammelbecken des Bedarfs kennzeichnete. In diesem Jahr hatte das Gaststättengewerbe ein Devisenaufkommen von einer halben Milliarde Mark. Von den vielfältigen Belangen dieses Gewerbes werde die Ausstellung einen Teil dem breiten Publikum vermitteln können. Auf die Sorgen der Wirte eingehend, sagte Dr. Göller: „Wir wollen als Gewerbe der dienenden Gastlichkeit keine Sonderstellung einnehmen, aber wir wünschen, daß unsere Belastungen durch Sondersteuern nicht über denen anderer Gewerbe liegen.“

Für die hauswirtschaftlichen Lehrwerkstätten im Karlsruher Hausfrauenverband sprach Frau Dr. Erbrich und überbrachte die Grüße der Leiterin Frau G. Holtzmann. Die Lehrwerkstätten, die maßgeblich beteiligt sind an der Ausstellung „Wohnen und Wirtschaften“ haben sich auch die nette Idee mit der Karlsruher Spezialität erdacht. Frau Dr. Erbrich dankte ebenfalls allen beteiligten Stellen für ihre Unterstützung und wünschte der Ausstellung guten Erfolg.

Im Auftrag des beim Städtetag in Hamburg weilenden Oberbürgermeisters Klotz eröffnete Beigeordneter Dr. Gurk die Ausstellungen im Namen der Stadt und betonte, daß es eine Freude sei, zu sehen wieviel Unternehmungsgestalt sich jetzt in Karlsruhe zeige. Das Verdienst dieser Ausstellung würde es sein, die Erzeuger und Verbraucher zusammengeführt zu haben. Gerade bei der zur Zeit so starken Förderung des Wohnungsbaus in Karlsruhe, wäre es für die Frauen wesentlich, auch Anregungen zu empfangen zur Gestaltung des Heimes. Dr. Gurk nannte die Schau eine „Betriebswirtschaftslehre für die Hausfrau“. Im Anschluß an die Feier wurden in einem gemeinsamen Rundgang die Stände bewundert.

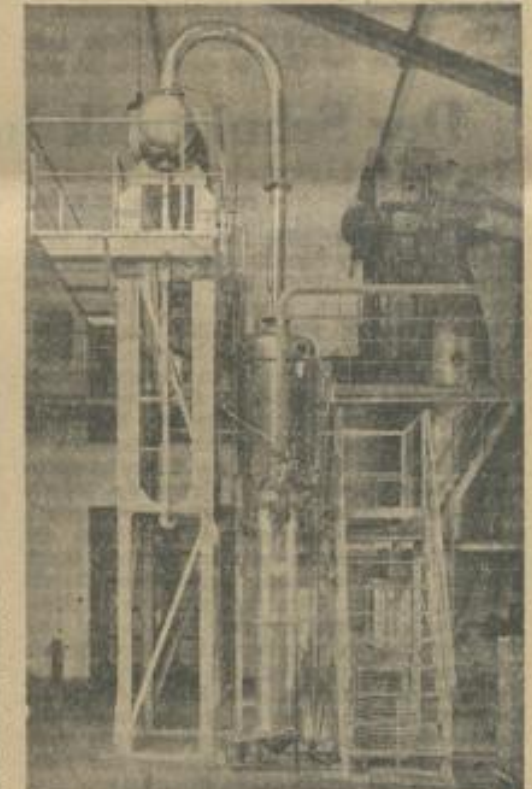
Stoff hergestellt ist. Mit einer herkömmlichen Selbstverständlichkeit entfernt der Gast im Kaffeehaus das Papier vom Würfelzucker und denkt nicht im Entferntesten daran, daß er es der Forschung zu danken hat, wenn er statt Zuckerrüben-Sirup den sorgfältig raffinierten Würfelzucker verwenden kann.

Um aber die Größe dieses Forschungsgebietes nur einigermaßen erahnen zu können, sei auf die Bedeutung des Erdöls, des flüssigen Goldes, wie es allenthalben genannt wird, hingewiesen. Die Verwandlung von Erdöl in Benzin — mit der die Forscher ungewollt die Weltpolitik bestimmt haben — wurde ebenso von den Chemie-Ingenieuren erarbeitet, wie andere, für die Menschheit nicht minder wichtige Verfahren.

Zur Zeit werden im Bundesgebiet zwei weitere Institute aufgebaut, aber in Amerika, das als Land der unbegrenzten Möglichkeiten jede Chance zu nützen weiß, bestehen an 28 Institute, die sich mit der Forschung auf dem Gebiet des Apparatebaues und der Verfahrenstechnik befassen.

Bei einem Gang durch das Karlsruher Laboratorium — das Institut für Apparatebau und Verfahrenstechnik wurde während des Krieges zum Teil zerstört — glaubt man sich in eine Fabrikations-Stätte versetzt. In der Halle sieht man große, bis zum Dach ragende Apparate, an denen Studenten arbeiten, Tabellen anfertigen und die Vorgänge registrieren. Sowohl im Labor als auch in der Werkstatt, die mit den modernsten Maschinen ausgestattet ist, ist man erstaunt über die Anlagen, die hier untergebracht sind. „Die deutsche Industrie hat nach 1945 ganz hervorragend gearbeitet“, sagt Dr. Kirschbaum. „Wir werden tatkräftig unterstützt. Alles, was man hier sieht, wurde gestiftet. Allein im Laboratorium steckt nahezu eine Million DM.“

Es leuchtet ohne weiteres ein, daß die Industrie großen Wert darauf legt, das Karlsruher Institut zu unterstützen. Denn hier wird der Nachwuchs herangebildet, hier wird die unerläßliche Forschungsarbeit durchgeführt, hier befindet sich — man kann dies ohne Uebertreibung feststellen — das Herz dieser vielverzweigten Industrien, deren Produkte aus dem menschlichen Leben nicht mehr wegzudenken sind. HK.



Blick in die Laboratoriums-Halle Destillier- und Rektifizier-Apparat, in denen Flüssigkeitsgemische zerlegt werden

Haltestelle „Kunstschulen“ ab Montag verlegt

Am Montag, den 28. September, wird die bisherige Straßenbahnhaltestelle „Kunstschulen“ in die Moltkestraße östlich der Kreuzung Moltke-, Erzberger-, Riefelstraße verlegt. Gleichzeitig wird die Haltestelle Weberstraße aufgehoben.

Als Gründe dieser Maßnahme geben die Stadtwerke u. a. folgendes an: Die zuneh-

mende Motorisierung gefährdet mehr und mehr die Fußgänger, die die Straße überqueren wollen oder aus den Straßenbahnen aussteigen. Deshalb wird Zug um Zug an der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse gearbeitet. So haben die Verkehrsbetriebe der Stadtwerke ab 21. ds. Mts. an der Straßenkreuzung Kaiser-Allee — Yorckstraße — Blücherstraße die Haltestellen der Straßenbahn in beiden Richtungen um etwa 20 m zurückverlegt. Dadurch ist erreicht worden, daß für den an dieser Straßenkreuzung ein- und ausblegenden Kraftfahrverkehr die Sichtverhältnisse wesentlich verbessert wurden. An einem anderen verkehrreichen Kreuzungspunkt, nämlich an der Reinhold-Frankstraße — Moltkestraße waren es bisher vor allen Dingen die Fahrgäste der Straßenbahn, die beim Ein- und Aussteigen an der Haltestelle „Kunstschulen“ bei der Fahrt nach Westen gefährdet waren, da sie dort wegen der einseitigen Gleisanlage die Fahrbahn bei einer Breite von 5 m überqueren mußten. Außerdem haben die an dieser Haltestelle stehenden Straßenbahnzüge die Sicht erschwert, und häufig sind Fahrzeuge, die in der Moltkestraße von Westen kommend nach rechts in die Reinhold-Frankstraße einbiegen wollten über den Gehweg gefahren, wenn sich gerade ein vom Mühlburger Tor kommender Straßenbahnzug an der Haltestelle „Kunstschulen“ befand.

Wer oft hupt, bremst zu spät!

AZ gratuliert

... Frau Barbara Schlager, Karlsruhe, Bachstraße 93, zum 83. Geburtstag.

's Karlsruher „Lobberle“ fährt wieder

Es fährt wieder, das Karlsruher „Lobberle“. Solange die Getränke-Ausstellung in Karlsruhe geöffnet ist, können die Karlsruher Kinder wieder „Lobberle“ fahren. Die Reise geht von der Stadthalle zur Ettlinger Straße, dann durch die Unterführung in der Tiergartenstraße zur Bahnhofstraße, um dann in die Beierthelmer Allee einzubiegen und wieder auf den Festplatz zurückzuführen.

Foto: Weiss



Karlsruher Theaterleiter als Schrott-Agent

Mißglückte Schrottgeschäfte eines fidelen Kleeblatts

„Es war das schlechteste Geschäft, das ich bisher gemacht habe“, sagte in einer Verhandlung vor dem Karlsruher Schöffengericht der Angeklagte Bert M., der nach dem Kriege Theaterleiter in Karlsruhe-Durlach gewesen war und sich nun zusammen mit zwei weiteren Angeklagten wegen versuchten schweren Diebstahls zu verantworten hatte.

An einem Samstagnachmittag im April dieses Jahres saß Wolfgang R. aus Durlach — seit einiger Zeit arbeitslos — in einer Wirtschaft, wo seine Frau als Bedienung tätig war. Da kamen zwei Gäste zur Tür herein, von denen er den 35jährigen Bert M., einen ehemaligen Karlsruher Theaterleiter, bereits kannte. Dieser erzählte in gehobener Stimmung, er habe eine Altmaterialienhandlung eröffnet und bereits am Vormittag ein gutes Geschäft gemacht, das begossen werden müsse. Man setzte sich zusammen, trank einige Gläser, und bei dieser Gelegenheit erzählte R. dem frisch gebackenen Altmaterialienhändler — der sich in Wirklichkeit nur als Aufkäufer für Schrott betätigte —, er habe da einen guten Tip, wie man Altmaterial beschaffen könne. Er wisse einen Platz am Turmberg, einen verlassen Steinbruch, wo man einige Loren und Eisenbahnschienen abholen könne. Bert schlug sofort vor, das Geschäft für einen anderen Händler auf der Basis 50:50 zu vermitteln, ohne sich näher für die Eigentumsverhältnisse zu interessieren.

Zu dritt fuhr man nun mit dem Volkswagen des Angeklagten Gerhard S., eines 31jährigen Friseur aus Ostpreußen, in das Waldgebiet des Turmberges, um sich den Steinbruch und das dort lagernde Altmaterial anzusehen. Man benutzte aber nicht etwa den regulären Zugang zum Lagerplatz, sondern ging zur Rückseite des Grundstückes und sah sich oben von der Höhe die tief unten liegende Beute an. Dann fuhr man zur Wirtschaft zurück, wo Bert einen Schrotthändler anrief, er möge

einen Lkw mit Arbeitskräften schicken, weil ungefähr zwei Tonnen Schrott abzuholen seien.

Als vorsichtiger Mann, dem die ganze Geschichte zwar reichlich „faul“ vorkam, der aber trotzdem daran verdienen wollte, („Wo käme ich denn hin, wenn ich jedesmal erst noch nachprüfen müßte, wo der Schrott herkommt; dann könnte ich keine Geschäfte machen“, meinte er vielsagend) zog er sich nun etwas in den Hintergrund zurück. Inzwischen fuhren die beiden anderen zusammen mit der Lkw-Besetzung den Turmberg rauf. Als sie vor dem ordnungsgemäßen Tor des Steinbruchs standen, sahen die erstaunten Arbeiter, wie die angeblichen „Besitzer“ des Grundstückes nicht einmal die Tür öffnen konnten. Dem Fahrer des Lkw kam die Sache aber nicht geheuer vor, denn das Material war nach seiner Ansicht noch viel zu gut, um als Schrott verkauft zu werden.

Unter der Ausrede, die lagernden Gegenstände müßten erst noch mit dem Schneidbrenner zerschnitten werden, ehe man sie abtransportieren könne, lehnte der Fahrer das Aufladen ab und fuhr wieder nach Hause.

Nun versuchte das Kleeblatt, einen Schneidbrenner aufzutreiben und wollte noch in den Abendstunden des gleichen Tages einen anderen Händler überreden, das Material zerschneiden und abholen zu lassen. Die ganze Sache scheiterte aber, weil der Mann mit dem Schneidbrenner nicht mitmachen wollte.

Das Gericht verurteilte R. und S., von denen nur R. geständig war, während der schon zweimal vorbestrafte S. sich als Unschuldslamm hinstellte, der nur „gutgläubig mitgegangen“ sei, wegen versuchten schweren Diebstahls und versuchten Betruges zu je vier Wochen Gefängnis. Bert M., der klugerweise das Grundstück nicht betreten hatte, konnte wegen versuchten, einfachen Diebstahls an Stelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe nur zu 100 DM Geldstrafe verurteilt werden.

Nun doch Knielinger Pferderennen

Bekanntlich mußte das traditionelle Pferderennen in Knielingen am 2. August wegen schlechter Bahnverhältnisse ausfallen. Die Bemühungen, das Rennen im August oder September durchzuführen, blieben ohne Erfolg. Die Vereinsleitung sah sich deshalb genötigt, als leider etwas später Termin den 4. Oktober zu wählen. Nach den bisher ab-

gegebenen Meldungen ist mit einer guten Besetzung der einzelnen Rennen zu rechnen.

„HILF-FIX“ hauiert nicht

Leider traten in letzter Zeit erneut häufig Hausierer auf, die sich als Studenten bezeichnen und angeblich im Auftrag der Gemeinnützigen Studentischen Selbsthilfe Hilf-Fix Rasiererklingen, Reißzwecken und andere Artikel zu übersetzten Preisen anbieten.

Der Allgemeine Studentenausschuß der Technischen Hochschule Karlsruhe und die Gemeinnützige Studentische Selbsthilfe Hilf-Fix weisen daher wiederholt ausdrücklich darauf hin, daß von ihnen niemand beauftragt ist, dieses Unwesen abzustellen. Die Bevölkerung wird daher gebeten, beim Auftreten von Hausierern, die vorgeben, im Auftrag von Hilf-Fix zu kommen, die Kriminalpolizei oder Hilf-Fix, Karlsruhe, Parkring 7 — Studentenhaus — Tel. 2647 — zu verständigen.

Sommerbäder werden geschlossen

Das Rheinstrandbad Rappenwört, das Sommerbad Durlach, das Sommerbad Rheinhafen, das Freibad Ruppurr und das Baggerseebad Fritschlach sind ab Montag, 28. September, geschlossen. Der Pendlbetrieb der Straßenbahn nach Rappenwört ab Endhaltestelle Daxlanden wird daher auf Samstag und Sonntag beschränkt. Samstag und Sonntag Daxlanden ab 12.36, alle 20 Minuten. Letzter Wagen ab Daxlanden nach Rappenwört 18.36, ab Rappenwört 18.46.

Umlegungsplan „Hungerlach“

Der für das Gewann „Hungerlach“ im Stadtteil Ruppurr aufgestellte Umlegungsplan tritt nach Genehmigung durch das Regierungspräsidium Nordbaden mit Wirkung vom 1. Ok-

Jugendtag der „Falken“

Ueber das Wochenende veranstaltet die „Sozialistische Jugend Deutschlands — Die Falken — Bezirk Baden, in Karlsruhe einen Jugendtag. Heute nachmittag um fünf Uhr findet im Städtischen Jugendheim die Eröffnungsveranstaltung statt. Ein „Bunter Abend“ mit Tanz folgt um 9 Uhr in der Durlacher Festhalle. Am Sonntag veranstalten die Falken eine Presse- und Rundfunk-Konferenz, die auf neun Uhr festgesetzt ist und im „Weißen Röhl“ stattfindet.

Im Anschluß hieran geht es zum Schauspielhaus zur Morgenfeier. Nachmittags um 15 Uhr sprechen auf dem Engländerplatz Bundestagsabgeordneter Fritz Erier und der 1. Vorsitzende der SJD — Die Falken — Heinz Westphal. Die Veranstaltung wird geleitet vom 1. Vorsitzenden der SJD — Die Falken — Unterbezirk Karlsruhe, Horst Seefeld.

Karlsruher Chemiestudenten sahen Jugoslawien

Das Institut für Chemische Technik der Technischen Hochschule Karlsruhe veranstaltete mit 30 Studenten eine Exkursion durch Oesterreich nach Jugoslawien; Anregung hierzu gab eine Einladung des Vereins jugoslawischer Chemiker an Professor Dr. F. A. Henglein zu Fachvorträgen in Ljubljana und Belgrad. In Oesterreich wurde das Kraftwerk Kaprun und das Magnesitwerk Radentheim besucht. An der jugoslawischen Grenze (Wurzenpaß) wurden die Karlsruher Studenten von drei Professoren der Universität Ljubljana empfangen.

Von Belgrad führte der Weg über Titograd nach Dubrovnik (Ragusa), wobei u. a. die weltberühmten Bleilager von Trepa und ihre Hütten besichtigt wurden; auch Bauxitlager und Aluminiumgewinnungsstätten in Losovac bei Sibenik wurden besucht. Die Eindrücke von Landschaft und Menschen waren gerade im Gebiet an der albanischen Grenze besonders stark. Von Ragusa aus ging die Reise mit Schiff nach Split, und von da nach Rijeka (Flume) und Opatija (Abazia); nach Besichtigung der Adelsberger Grotten (heute Postojna) wurde bei Görz die italienische Grenze überschritten.

Die Heimfahrt ging über Udine — Cortina d'Ampezzo — Bruneck — Brenner nach Innsbruck, und von da über Brenzen und durch den Schwarzwald nach Karlsruhe.

Mit Rechtsanwältin vors Arbeitsgericht

Neues Arbeitsgerichtsgesetz tritt am 1. Oktober in Kraft

Das neue Arbeitsgerichtsgesetz, das nach der Verabschiedung durch den Bundestag am 1. Oktober 1953 in Kraft treten wird, war heftig umstritten.

Nach dem neuen Gesetz sind Rechtsanwältinnen auch vor den Arbeitsgerichten unbeschränkt zugelassen, wenn der Streitwert mindestens 300.— DM beträgt. Auch bei geringerem Streitwert können Rechtsanwältinnen zugelassen werden, wenn die Wahrung der Rechte der Parteien es notwendig erscheinen läßt. Über die Zulassung entscheidet der Vorsitzende des Arbeitsgerichts. Gegen seine Entscheidung ist Einspruch bei der Kammer möglich. Die Entscheidung der Kammer ist endgültig.

Wenn eine Partei nicht in der Lage ist, sich ohne Gefährdung des Lebensunterhalts durch einen Rechtsanwalt vertreten zu lassen, so kann ihr ein Rechtsanwalt durch das Arbeitsgericht auf Antrag beigeordnet werden. Voraussetzung ist dabei aber, daß auch die andere Partei durch einen Rechtsanwalt vertreten ist und die antragstellende Partei auch nicht durch ein Mitglied oder einen Angestellten eines Verbands vertreten wird.

In der Berufungsinstanz (Landesarbeitsgericht) und Revisionsinstanz (Bundesarbeitsgericht) müssen sich die Parteien durch Rechtsanwälte vertreten lassen. Die Vertreter der Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften und deren Vereinigungen sind den Rechtsanwälten gleichgestellt.

Nach dem neuen Gesetz können zu Vorsitzenden von Arbeitsgerichten auch Personen bestellt werden, die nicht die Befähigung zum Richteramt besitzen, also nicht Volljuristen sind. Doch müssen diese Personen sich durch eine mindestens 5jährige Tätigkeit in der Beratung arbeitsrechtlicher Angelegenheiten und bei der Vertretung vor den Arbeitsgerichten umfassende Kenntnisse und Erfahrungen im Arbeitsrecht angeeignet haben. Die Vorsitzenden bei den Landesarbeitsgerichten und beim Bundesarbeitsgericht müssen jedoch die Befähigung zum Richteramt besitzen.

Von besonderer Bedeutung ist die Wieder-

errichtung eines obersten Bundesarbeitsgerichts als Revisionsinstanz. Das Verfahren der Berufung und Revision ist im wesentlichen dem Rechtszustand nach dem früheren Arbeitsgerichtsgesetz vom Jahre 1926 angeglichen.

Gegen Entscheidungen der Arbeitsgerichte ist die Berufung an das Landesarbeitsgericht zulässig, wenn der Streitwert mindestens 300.— DM beträgt oder wenn das Arbeitsgericht die Berufung wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Rechtsstreits zuläßt.

Soziale Woche in Herrenalb

Die evangelische Akademie Charlottenruhe in Herrenalb veranstaltet vom morgigen Sonntag, 27. September, bis zum 2. Oktober eine Soziale Woche. Die Veranstaltung soll der Förderung der in der Sozialarbeit stehenden Erzieher der Jugend-, Lehrlings- und Erziehungshelme sowie der Sozialarbeiter der Stadt- und Kreisjugendämter des Regierungsbezirks Nordbaden dienen. Jugend- und Vormundschaffsrichter haben ihre Teilnahme ebenfalls zugesagt. Die Eröffnung ist für morgen abend 19 Uhr vorgesehen und wird von Regierungspräsident Dr. Huber vorgenommen.

Heitere Spieloper als Erstaufführung

Heute, Samstag, 26. September, gelangt im Kleinen Haus des Staatstheaters Karlsruhe die komische Oper „Die Pilger von Mekka“ von Chr. W. von Gluck im Rahmen der „Karlsruher Herbsttage“ unter der musikalischen Leitung von Frithjof Haas zur Erstaufführung. Die Inszenierung hat Gerhard Overhoff (Bühnenbild: Viktor Müller, Kostüme: Ursula Inge Amann).

Gluck hat dieses Werk zwei Jahre nach dem „Orpheus“ geschrieben. Wie alle seine Opern, die vor oder neben den großen Reformwerken entstanden sind, ist auch dieses Singspiel im Laufe der Zeit zu Unrecht in Vergessenheit

geraten, obwohl es zu Lebzeiten des Komponisten weite Verbreitung fand. Carl Hagemann, der eine neue Einrichtung des Textes besorgte, hat „Die Pilger von Mekka“ eine der schönsten Schöpfungen aus der Reifezeit des Komponisten genannt. Mit Hilfe zweier noch erhaltener Handschriften hat Max Arend die Partitur wiederhergestellt und so das Werk der Bühne wieder zugänglich gemacht. Das Staatstheater Karlsruhe will mit seiner Aufführung nicht nur dazu beitragen, das immer noch selten gespielte Werk dem Theater wieder zu erschließen. Es will vor allem einen Abend erlesenen Kunstgenusses vermitteln. Die reizvolle Handlung, die dem aus der „Entführung aus dem Serail“ bekannten Vorgang verwandt ist, und die Musik, mit der Gluck noch vor Mozart auf die Veredelung des deutschen Singspiels hingewirkt hat, sind gleichermaßen geeignet, den Freunden der heiteren Spieloper zwei Stunden geschmackvoller Unterhaltung zu bieten.

Geschützte Erika

So gewöhnlich ist die Erika ordinaris, wie unser schönes Heidekraut auf lateinisch heißt, nun auch wieder nicht, daß man sie in beliebig großer Menge ohne Erlaubnis sammeln dürfte. Im Gegenteil, sie steht sogar unter Naturschutz. Weil dies ein Rentner nicht beachtet hatte, als er in den Waldungen seiner Gemeinde ohne Sammlerausweis der unteren Naturschutzbehörde „erntete“ und die Blumen auf dem Karlsruher Wochenmarkt am Stefanplatz feilbot, mußte er von der Gewerblichen Ueberwachungs- und Preisprüfungsstelle beanstandet und notiert werden. Zweifellos war er nicht genügend informiert. Um anderen dieselben Unannehmlichkeiten zu ersparen, wird dies bekanntgegeben.

Sonntagsdienst der Ärzte

Dr. Burger-Wickenhäuser, Sommerstr. 12, Tel. 9157 Prax., Tel. 9153 Priv.; Dr. Hauth, Ruppurrer Str. 74, Tel. 6465; Dr. H. Werner, Südendstr. 33, Tel. 31049; Dr. Gg. Schmidt, Sofienstr. 120, Tel. 4884; Dr. M. Kämmerer, Erbsbergerstr. 4, Tel. 246; Dr. Moell, Bachstr. 5, Tel. 4782.

Karlsruhe-Weiberfeld
Dr. Löw, Feldbergstr. 13, Tel. 31743.

Karlsruhe-Durlach
Dr. Heinz, Reichenbachstr. 17, Tel. 41881.

... des Zahnarztes ...

Dr. Richard Rein, Beierthelmer Allee 1, Tel. 6713.

... und Apotheken

Friedrich-Apotheke, Ostendstraße 3, Tel. 2762; Stadt-Apotheke, Karlstr. 19, Tel. 177; Marien-Apotheke, Marienstr. 43, Tel. 1245; Sophien-Apotheke, Uhlandstr. 38, Tel. 1180; Leopold-Apotheke, Ecke Leopold- und Sophienstr., Tel. 8473.

Karlsruhe-Beierthelmer
Sonnens-Apotheke, Gebhardstr. 25, Tel. 31756.

Karlsruhe-Durlach
Einhorn-Apotheke, Marktplatz, Tel. 41344.

Beerdigungen in Karlsruhe

Samstag, den 26. September 1953

Hauptfriedhof:
Schnappinger Michael, 7 J., Augartenstr. 47 10.00 Uhr
Schröder Bertha, 66 J., Auer Str. 55 10.30 Uhr
Hagelstange Heinrich, 65 J., Schwarzwaldstr. 25 11.00 Uhr

Montag, den 28. September 1953

Hauptfriedhof:
Jörger Maria, 78 J., Kaiser-Allee 10 9.00 Uhr
Baier Emma, 73 J., Wolfartsweierer Str. 4 10.30 Uhr
Reichert Anna, 78 J., Bürgerstr. 8 11.00 Uhr
Brückner Berta, 78 J., Hoffstr. 8 11.30 Uhr
Sämann Wilhelm, 75 J., Gerwigstr. 37 13.00 Uhr
Fleisch Frieda, 81 J., Parkstr. 19 13.30 Uhr

Beerdigungen in Durlach

Samstag, den 26. September 1953

Friedhof Durlach-Aue:
Magenreuther Friedrich, 80 J., Ostmarkstr. 73 15.00 Uhr

AZ WETTERDIENST

Schönes Wochenende

Vorhersage des Deutschen Wetterdienstes, Ausgabestelle Karlsruhe für Nordbaden, gültig bis Montag früh:

Ueberwiegend heiter, trocken. In Niederungen stellenweise Frühnebelbildung. Tage über mild mit Temperaturen bis über 20 Grad. Nachts Abkühlung auf 5 bis 8 Grad. Leichte Winde wechselnder Richtungen.

Rhein-Wasserstände

Konstanz 312 —1; Breisach 136 +9; Straßburg 200 +10; Maxau 362 —2; Mannheim 196 +1; Caub 122 —2.

AZ. Badische Allgemeine Zeitung, Geschäftsstelle Karlsruhe, Waldstraße 28, Chefredaktion: Theo Jost, Lokales: Helmut Köhler und Gertrud Waldecker, Land: Fritz Pfrommer, Anzeigen: Theo Zwecker, Techn. Herstellung: Karlsruher Verlagsdruckerei in Verbindung mit der Druckerei und Verlagsgesellschaft in Mannheim. Mitglied der Pressegesellschaft Mannheim — Karlsruhe — Stuttgart — Heilbronn.

OSRAM
-Krypton, die Königin
unserer Glühlampen.

... heller,
... silberweißes
Licht,
... kleine Form.

Bitte auf den
Qualitätsnamen
OSRAM
achten.

Herbstmesse „Schaufenster der Ortenau“ eröffnet

Glückwünsche und Dank an die Stadtverwaltung Offenburg — Wirtschaftsminister Dr. Veit eröffnete die Ausstellung

Offenburg. Die Eröffnung der 17. Ortenauer Herbstmesse, die gestern vormittag stattfand, gestaltete sich zu einem höchst feierlichen Akt. Die weite Wirtschaftshalle war festlich dekoriert, und über dem geschmückten Raum lag eine freudvolle Stimmung. Auf der Tribüne saß die Stadtkapelle in ihrer neuen Uniform und wartete auf ihren Einsatz. Es war ein herzliches Begrüßen und Händeschütteln der vielen, die sich hier trafen, um der Feler beizuwohnen. Die Vertreter der Behörden, der benachbarten Städte und Dörfer, der Aussteller und vor allem derjenigen, die in unermüdlichem Schaffen dieses Riesenspektakels teilhaben. Draußen vor dem Zelt, hinüber bis zu den Ausstellungshallen hat die Stadtgärtnerei prächtige Flächen gestaltet. Blumen, Palmen, grüner Rasen, saubere Wege und Wasserspiele wechseln in bunter Folge.

Es war wie alljährlich ein schöner Augenblick, als Bürgermeister Dr. Schenkel an das Rednerpult trat und herzliche Begrüßungsworte sprach. Er gab seiner Freude Ausdruck, den Wirtschaftsminister Dr. Veit, den Vertreter des Regierungspräsidenten Dr. Waldin, Ministerialrat Elermann, und den Landrat des Kreises Offenburg, Dr. Joachim, begrüßen zu können. Dr. Schenkel behandelte darüber hinaus die Geschichte der Ortenauer Herbstmesse und sprach allen den wärmsten Dank aus, die an dem Gelingen des großen Werkes mitgeholfen haben. Auch dieses Jahr habe sich die Stadtverwaltung Mühe gegeben, das „Schaufenster der Ortenau“ zu öffnen, um all das Wertvolle, das in der Ortenau erzeugt, gepflanzt, fabriziert und geschaffen wird, zur verdienten Geltung kommen zu lassen.

Mit der ihm eigenen herzlichen Art nahm sodann das Wort der Landrat des Kreises, Dr. Joachim. Er gab seiner lebhaften Freude Ausdruck über das gute Gelingen der Stadt Offenburg, auch die heutige Messe wieder so aufzubauen, daß man daran seine helle Freude haben könne. Mit Freude und mit Sorgen verfolge er die einzelnen Zweige der Ortenauer Wirtschaft, insbesondere auch draußen in den kleinen Städten und Dörfern. Um so mehr freue er sich, gerade das Schaffen auf dem Lande, sei es im Wein- oder Tabakbau, in der Obstpflege, im Handwerk oder in der bei-

mischen Industrie in der Messe veranschaulicht zu sehen. Diese Pioniere des Vorwärtstrebenden, der fruchtbaren Arbeit in Stadt und Land sind die Grundpfeiler des hohen wirtschaftlichen Standes in der Ortenau.

Daraufhin nahm das Wort Ministerialrat Elermann. Er gab seiner Freude Ausdruck über das gute Gelingen der Ausstellung und gratulierte der Stadt Offenburg zu dem zu verzeichnenden großen, verdienten Erfolg. Die Stadt darf auch weiterhin der Unterstützung des Regierungspräsidenten in ihrem Streben sicher sein.

Als letzter Redner sprach sodann der Ver-

treter der Regierung, Wirtschaftsminister Dr. Veit. Hier sprach der Mann, der die Entwicklung der Wirtschaft im allgemeinen und in Baden-Württemberg im besonderen kennt. Er behandelte die Ortenauer Herbstmesse von einer hohen Warte aus, und seine interessanten Worte wurden noch unterstrichen durch die herzliche und sachlich-ruhige Art, mit der der Minister die Verdienste der Stadt Offenburg und all derer würdigte, die das große Ausstellungswerk schufen. Es sei erfreulich, daß da und dort Städte und Organisationen sich aufschwingen, solche Messen zu gestalten. Diese Maßnahmen seien der Gradmesser der Stärke und der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft in kleinen und größeren geographischen Ausmaßen. Den Schluß der Rede des Ministers bildete eine tiefgehende Analyse der heutigen Wirtschaftsverhältnisse mit ihren Licht- und Schattenseiten. Als er die Ausstellung für eröffnet erklärte, dankten ihm die Anwesenden mit starkem und herzlichem Beifall. Anschließend wurde die Ausstellung besichtigt.

100 Jahre Bahnstrecke Bruchsal-Bretten-Mühlacker

Auf Grund des ersten badisch-württembergischen Staatsvertrages gebaut

Am 26. September 1853 wurde die Bahnlinie Bruchsal — Bretten — Mühlacker dem allgemeinen Verkehr übergeben, nachdem ein etwa zehnjähriger Kampf um die Linienführung vorausgegangen war. Wie bei der Straßenanlage am Ende des 18. Jahrhunderts ging es wieder darum, ob der Weg über Durlach-Pforzheim oder über Bretten-Bruchsal zu wählen sei. Schließlich siegte die Vertreter des zweiten Projekts.

Der Streit der Meinungen hatte schon damit begonnen, ob man eine badische Staatsbahn überhaupt an die benachbarte württembergische anschließen sollte. Als man schließlich grundsätzliche Bedenken glücklich überwunden hatte, setzte man sich schließlich doch an den Verhandlungstisch. Während jedoch die Württemberger für den Anschluß in Nordbaden, Richtung Mannheim-Rheinland, waren, spielte für Baden das Interesse der Residenz Karlsruhe und des altbadischen Pforzheim eine große Rolle. Endlich fand man eine Kompromißlösung, indem man den Weg über Bruchsal — Bretten wählte, womit Bretten um die immer wieder gewünschte Bahnverbindung mit dem benachbarten Pforzheim kam, die bis heute schmerzlich vermißt wird. Am 4. Dezember 1850 wurde der erste badisch-württembergische Staatsvertrag abgeschlossen und die darin vereinbarte Linie Bruchsal — Mühlacker dann als württembergische Staatsbahn erbaut (Kuntzemüller, „Die badischen Eisenbahnen“). Die Strecke Durlach-Pforzheim, die damals nicht realisiert werden konnte, wurde wenigstens später gebaut. Die Mannheimer Handelsinteressen mit Württemberg war mit der näheren Linie über Bruchsal-Bretten-Mühlacker allerdings besser gedient.

Hundert Jahre Entwicklung der Eisenbahn liegen seitdem hinter uns, 113 Jahre seit der ersten badischen Eisenbahn überhaupt, denn 1840 wurde die erste Staatsbahn Mannheim — Heidelberg eingeweiht. Welch eminenter Fortschritt seit der ersten in England gebauten Lokomotive „Der Löwe“ bis zur elektrisch getriebenen modernen Lok und dem „Fliegen-

den Hamburger“ unserer Tage! Bis 1854 fuhr man durchweg die Breitspur (1800 mm) und stellte erst dann auf die Normalspur (1435 mm) um, nachdem weitschauende Politiker und Techniker schon lange von dem ersten „verhängnisvollen Fehler der badischen Eisenbahnpolitik“ (Kuntzemüller) gesprochen hatten. Auch in diesem Punkte war der Kampf gegen reaktionäre Ansichten außerordentlich schwer. Sagte doch Hofmarschall Freiherr von Gölter beispielsweise: „Ich glaube, daß man auf die Uebereinstimmung der Spurweite einen viel zu großen Wert legt; angenommen auch, daß durch ganz Deutschland ein und dasselbe Geleis wäre, so würde doch nie und nimmer ein badischer Wagen auf der württembergischen Eisenbahn fahren“, weil „die größte Verwirrung und viel Unglück dadurch entstehen könnte.“ Unter großen finanziellen Schwierigkeiten wurde dann 1854 die Umstellung auf Normalspur in weniger als einem Jahr vorgenommen.

Auf doppelspurigen Strecken wurde bis 1880, getreu dem englischen Vorbild und Lehrmeister von Anfang an links gefahren. Bis 1853 gab es in den Personenzügen noch sogenannte „Stehwagen“ für den Lokal- und Traglastverkehr. Sie waren offen und somit die Fahrgäste jedem Wetter ausgesetzt. In der ersten Zeit lag der Eisenbahnverkehr nachts durchweg still. Ein „permanenter Nachtdienst“ wurde erst im Sommer 1863 auf der Strecke Mannheim — Heidelberg erstmalig eingerichtet. Vorher gab es infolgedessen auch keinerlei Beleuchtung. Man behelf sich den Winter über mit Fackeln und Pechkränzen. Die ersten Petroleumlampen wurden, nachdem der Bretten-Fabrikant Beuttenmüller 1861 die ersten brauchbaren Erdöllampen hergestellt und in den Handel gebracht hatte, 1863 auf der Strecke Basel-Konstanz versuchsweise eingeführt. Fast gleichzeitig entstanden auch die ersten bahn-eigenen Gaswerke, m. a. in Oos und Appenweier, und 1883 erstrahlte erstmalig der Karlsruher Bahnhof als erster in Baden im Glanze elektrischer Bogen- und Glühlampen.

Genau 100 Jahre, nachdem die Bahnstrecke Bruchsal — Bretten — Mühlacker dem Verkehr übergeben war, steht diese wieder im Brennpunkt des Interesses, nachdem man z. Zt. die Elektrifizierung teilweise schon abgeschlossen hat (Stuttgart — Mühlacker), zum andern Teile (Mühlacker — Bretten — Bruchsal) augenblicklich dabei ist, sie auf elektrischen Betrieb umzustellen.

Drei Jahre altes Kind fiel in Jauchegrube

Wolfach. In Oberwolfach ist am Donnerstag ein drei Jahre altes Kind in einem unbewachten Augenblick in eine Jauchegrube gefallen. Eine zufällig vorüberkommende Frau, die durch den neben der Grube liegenden Roller des Kindes auf den Vorfall aufmerksam wurde, konnte das Kind noch im letzten Augenblick vor dem sicheren Tode retten.

Kehl bleibt vorerst ohne Bürgermeister

Kehl. Die Stadt Kehl bleibt auch nach der Wahl des Stadtrates vom letzten Sonntag vorerst ohne Bürgermeister. Nach der gegenwärtigen Rechtslage kann die Bürgermeisterfrage erst gelöst werden, wenn in dem Disziplinarverfahren gegen den suspendierten Bürgermeister Dr. Ernst Marcello eine Entscheidung gefällt worden ist. Das Verfahren dürfte sich aber nach Auskunft der damit befaßten Stellen längere Zeit hinziehen. So kann der Stadtrat von Kehl zunächst nur einen ersten Beigeordneten wählen, der nach der Gemeindeordnung als stellvertretender Bürgermeister fungiert. Dieser Beigeordnete wird

gewählt, sobald die Gültigkeit der Kehler Gemeindewahlen innerhalb der vorgesehenen vierwöchigen Frist durch die Aufsichtsbehörde festgestellt ist.

Zwei Wanderwege an der Hornisgrinde wieder frei

Bühl. Im militärischen Sperrgebiet der 1164 Meter hohen Hornisgrinde ist jetzt für die deutschen Wanderer und Skifahrer eine Erleichterung geschaffen worden. Bei einer Ortsbegehung durch einen deutsch-französischen Ausschuss haben die Franzosen den deutschen Anträgen entsprochen und den Andeaweg Unterstmat — Mummelsee am Westhang der Hornisgrinde sowie den Wanderweg Biberkessel — Seibelsecke auf der Ostseite des Berges mit sofortiger Wirkung freigegeben. Ferner wurde ein kleiner Teil der nach wie vor gesperrten Hornisgrinde-Kuppe für die Wanderer und Skifahrer zugänglich gemacht, so daß man von dort wieder den grandiosen Blick ins Rheintal und in den Biberkessel genießen kann.

230 Mark Geldstrafe für dummes Gerede

Den Personalreferenten mit „Halsabschneider“ bezeichnet

Lahr. Das Amtsgericht Lahr verurteilte am Donnerstag einen 60 Jahre alten ehem. Stadtinspektor wegen fortgesetzter über Nachrede und Beleidigung zu 230 Mark Geldstrafe. Gegen den 1945 wegen Zugehörigkeit zur NSDAP suspendierten Angeklagten läuft seit 1943 ein unpolitisches, noch nicht abgeschlossenes Disziplinarverfahren. Im Zusammenhang mit diesem Verfahren hatte er Anfang 1950 an die Stadtverwaltung und an die Stadträte ein Rundschreiben geschickt, in dem er den damaligen Oberbürgermeister Dr. Paul Waldin angeblicher Gestapomethoden bezichtigte und den Personalreferenten der Stadtverwaltung als einen „Halsabschneider“ bezeichnete. Das Gericht billigte dem Angeklagten weitgehend mildernde Umstände zu, da er sich über ein Schreiben der Stadtverwaltung die ihn ihrerseits einen Intriganten und Denunzianten genannt hatte, in begrifflicher Erregung befunden habe.

Seitbach. Seinen 75. Geburtstag beging in Reichenbach Bibliothek-Oberinspektor I. R. Emil Glatz, den 73. Holzwoollfabrikant und

Landwirt Franz Glatz im Steinbächle, 72 Jahre alt wurde die Witwe Karoline Bühler geb. Schmieder. — Das Radsportfest des Radsportvereins „Lätzelhard“ nahm einen recht schönen Verlauf. Sieger im Langsammelfahren wurde wiederum Milton Feißt. Er brauchte für die kurze Strecke von 50 Metern 15 Minuten und 25 Sekunden. Den 1. Preis in der Fuchsjagd erhielt Ernst Hummel, Steinbach. — Das Preisschießen der Schützengesellschaft „Geroldseck“ Reichenbach war sehr stark besucht. Schützenkönig ist Hermann Dilger aus Sulz geworden. An Gästevereinen waren anwesend die Schützen von Lahr, Sulz, Emmendingen, Kenzingen und Kippenheimweiler. Kreisstützenmeister Franz Haury leitete die gleichzeitig stattfindende Kreisjagd. Die Vorstandswahlen ergaben ein völlig neues Bild. Stellvertretender Vorsitzender wurde Kiesel, Lahr. — In der Monatsversammlung des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ ist der neue Wanderplan festgelegt worden. Das Programm geht den einzelnen Mitgliedern jeweils wieder zu.

Landes-Chronik

Arbeiter von Raupenschlepper zermalmt

Rastatt. Im Wintersdorfer Kieswerk im Kreis Rastatt ereignete sich am Donnerstag ein schwerer Unfall, dem ein 19 Jahre alter Arbeiter zum Opfer fiel. Der neunzehnjährige hatte an einem Förderband gearbeitet, das auf einer etwa 4 Tonnen schweren Raupe befestigt war. Als der Bagger an einen anderen Platz befördert werden mußte, setzte sich der Arbeiter auf ein Schutzblech des vorderen Teiles des Schlepperuntersatzes. Dabei geriet der Arbeiter vermutlich mit seinem Hosenbein in die Kette und wurde unter die Raupe gezogen, die über den Unglücklichen wegrollte und ihn völlig zermalmte.

Zuchthausstrafe für Kuppler

Weinheim/Bergstraße. Das Schöffengericht in Weinheim verhängte am Donnerstag in dem Weinheimer Kuppelprozeß die zweite Zuchthausstrafe. Der 33 Jahre alte Händler Adam Lannert aus Weinheim wurde wegen schwerer Zuhälterei und Kuppelerei zu einem Jahr und drei Monaten Zuchthaus verurteilt. Außerdem hatte er im Mai ds. Jahres seine Ehefrau und zwei Weinheimer Dirnen mit seinem Lieferwagen nach Mannheim-Käfertal gefahren, wo sie sich mit amerikanischen Besatzungsangehörigen gegen Entgelt einlassen sollten. Von seiner Frau hatte er damals verlangt, daß sie solange „nach Käfertal gehen“ solle, bis seine Schulden bezahlt seien. Seine Ehefrau wurde im Gerichtssaal wegen Meineids verhaftet. Sie hatte unter Eid eine falsche Aussage gemacht. In dem Kuppelprozeß muß noch gegen etwa 15 Angeklagte verhandelt werden.

Südwestfunk plant kleinen Fernsehsender bei Freiburg

Freiburg. Auf dem fast 650 Meter hohen Schönberg nahe dem Freiburger Vorort Merzhausen nimmt die Planungsabteilung des Südwestfunks zurzeit Probemessungen für den Fernsehempfang im Raum der Freiburger Bucht vor. Mit einer Registrieranlage soll über einen längeren Zeitraum hin festgestellt werden, ob auf dem Schönberg der Empfang vom Sender Weinbiet stark und gleichmäßig genug ist, um an dieser Stelle einen kleinen Fernsehsender für Freiburg bauen zu können. Es würde sich um einen sogenannten Umsetzer handeln, der die Fernsehstrahlen in die Stadt Freiburg weitergeben kann. Die Fernsehversuche auf dem Schönberg sind bisher erfolgreich verlaufen, da sich der Empfang bis auf ein halbes Millivolt als konstant erwiesen hat. Aehnliche Messungen, die vorher auf dem erheblich niedrigeren Lorettoberg im Süden der Stadt vorgenommen wurden, hatten kein befriedigendes Ergebnis gebracht. Für den Südwestfunk ist die Fernsehplanung wegen der vielfältigen Gebirgsländschaften seines Gebietes besonders schwierig.

Kindsmord in Freiburg entdeckt

Freiburg. Am Stadtrand von Freiburg wurde am 15. September, wie die Freiburger Kriminalpolizei erst jetzt bekanntgibt, unter Gestrüpp versteckt die Leiche eines etwa vier Wochen alten Säuglings gefunden. Die Leiche war schon stark in Verwesung übergegangen. Das Geschlecht des Kindes konnte nicht mehr festgestellt werden. Die Kriminalpolizei vermutet einen Mord, da an der Leiche in Halshöhe ein verknötetes Taschentuch gefunden wurde, das auf Erdrosselung schließen läßt. Am Fundort der Leiche befanden sich eine rote Baumwolljacke, die einer Erwachsenen gehört, ein Wickeltuch und der Rest einer Woldecke. An der Leiche des Kindes konnte noch eine Mullbinde mit den Initialen H. F. gefunden werden. In einem Taschentuch sind die Buchstaben E. F. eingestickt.

17-Jährige stürzt sich aus dem Fenster

Lörrach. In selbstmörderischer Absicht stürzte sich ein 17-jähriges Lehrlingsmädchen aus dem dritten Stockwerk der Lörracher Handelsschule in der Schulhof. Das Mädchen erlitt dabei überraschenderweise nur eine Knochenfraktur und eine Gehirnerschütterung. Es wurde in ein Krankenhaus gebracht. Lebensgefahr besteht nicht. Das Motiv der Tat soll in zerrütteten Familienverhältnissen zu suchen sein.

Viermotoriger Bomber wird aus dem Bodensee geborgen

Radolfzell. Aus dem Untersee soll in den nächsten Wochen ein viermotoriger englischer Bomber geborgen werden, der im April 1944 nach einem Angriff auf Friedrichshafen abgeschossen worden war. Das Flugzeug liegt etwa 200 Meter vom Landungssteg Galenhofen entfernt in einer Tiefe von 28 Metern. Bei unbewegtem See und klarem Wasser sind die Konturen des Flugzeuges zu sehen. Die Absturzstelle wurde von Fischern abgemacht und durch Bojen markiert. Die Bergungsarbeiten werden von der gleichen Firma ausgeführt, die schon aus dem Genfer See ein abstürztes Flugzeug gehoben hat.

Gegen Sonderbesteuerung des Bodenseestobstbaus

Tettang. Die Sonderbesteuerung des Bodenseestobstbaues wurde bei der Herbsttagung des Kreisobstbauverbandes Tettang als untragbare Belastung scharf abgelehnt. Der Obstbau am Bodensee habe nur eine Zukunft, wenn diese Besteuerung weg falle. Ein Vertreter des Regierungspräsidenten in Tübingen bemängelte, daß im deutschen Obstbau keine klare Linie verfolgt werde. Wenn der Obstbau schon nach staatlicher Hilfe rufe, müsse er auch von sich aus den geraden Weg beschreiten. Man könne nicht in einem Jahr Umpropphilfen und im folgenden Jahr eine Rodungsprämie verlangen.



255 Jahre alt

BLANKENLOCH. 255 Jahre sind diese drei Blankenlocher alt. Der Alt-Lammwirt Max Raber feierte bereits seinen 90. Geburtstag und ist trotzdem noch sehr rüstig. Hier hält er mit der Wollensack-Basis und Frau Magdalena Pfaffelbacher ein Samstag-Nachmittags-Schwätzle.